

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,  
 eingetragene in der Post-Beilage-  
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7671.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsgepaltenen Zeilen  
 je oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gewerkschaftliche Inserate  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Freitag, den 31. Mai 1901.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

### Die Novelle zum Gewerbegerichts-Gesetz.

I.

Eine der wertvollsten Arbeiten, die den Reichstag auf socialdemokratische Anregung seit Jahren beschäftigt haben und jüngst zum Abschluß gelangt sind, bildet die Ausgestaltung des Gewerbegerichts-Gesetzes. So mächtig auch die vom Reichstag beschlossenen Verbesserungen des bestehenden Gesetzes sind und so zweifelhaft die Zustimmung des Bundesrats ist, so ist es dennoch angemessen, diese für die Arbeiterklasse so wichtige gesetzgeberische Arbeit des Reichstags zusammenschauend zu schildern.

Der erste Vorstoß zur Abänderung des seit zehn Jahren geltenden Gesetzes, betreffend die Gewerbegerichte, ging im Jahre 1898 von der socialdemokratischen Fraktion des Reichstags aus. Dieser folgte etwas später mit einem weniger weitgehenden Antrage das Centrum. Bei der zweitägigen Beratung der beiden Initiativanträge, im Januar 1899, verhielten sich die Vertreter der verbündeten Regierungen völlig passiv. Mit keinem Wort beteiligten sie sich an der Debatte, trotzdem die Reformbedürftigkeit des Gesetzes von fast allen Parteien des Reichstags anerkannt wurde.

Der Reichstag beschloß denn auch, eine Kommission mit der Vorberatung der Angelegenheit zu betrauen. Diese erstattete unterm 10. Mai 1899 einen umfangreichen schriftlichen Bericht, welcher jedoch weitgehende Abänderungen des Gesetzes, wie sie die socialdemokratischen Mitglieder der Kommission, die Abgeordneten Lutzner und Zubeil in der Kommission beantragt hatten, nicht enthielt.

Die obligatorische Einführung der Gewerbegerichte für alle Gemeinden bzw. weitere Kommunalverbände, wie sie von unsren Genossen verlangt worden war, fand nicht die Zustimmung der Kommission. Diese beantragte beim Plenum, die Gewerbegerichte nur für Gemeinden mit mindestens 20 000 Einwohnern obligatorisch zu machen. Außerdem schlug sie vor, die Gemeindebehörden zu verpflichten, Wählerlisten für die Wahl der Weisiger aufzustellen, ohne daß die Wahlberechtigten erst ihre Aufnahme in diese Listen zu beantragen hätten.

Die Anträge unsrer Parteigenossen, wonach die Kompetenz der Gewerbegerichte auch auf andre, als die im jetzigen Gesetz bezeichneten Berufe ausgedehnt werden sollte, wurde abgelehnt, desgleichen die von ihnen geforderte Ausdehnung der sachlichen Zuständigkeit, die Herabsetzung der Altersgrenze für die Wähler und die Weisiger, sowie die Verleihung des aktiven und passiven Wahlrechts an die Frauen.

Aus dem die Ausdehnung der sachlichen Zuständigkeit der Gewerbegerichte fordernden Abänderungsanträge der socialdemokratischen Kommissionsmitglieder fand nur die Bestimmung die Zustimmung der Mehrheit der Kommission, welche die Zuständigkeit ausdehnen sollte auf Streitigkeiten über Entscheidungssprüche aus gesetzwidrigen Eintragungen in Arbeitsbücher, Zeugnisse, Krankentafelbücher und Quittungskarten der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalten, sowie wegen widerrechtlicher Vorenthaltung dieser Papiere.

Endlich beschloß die Kommission, beim Plenum die Einführung des Erscheinungszwanges vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts und die Festsetzung einer Geldstrafe bis zu 100 Mark zu beantragen für diejenigen an dem Streit beteiligten Personen, welche der Vorladung vor dem Einigungsamt keine Folge leisteten.

War es auch nicht viel, was aus den Verhandlungen der 1899er Kommission herausgekommen war, so konnten ihre Vorschläge doch immerhin als eine kleine Verbesserung des Gesetzes gelten.

Eine zweite Beratung auf Grund der Abänderungsanträge der Kommission fand im Plenum nicht mehr statt. Der Reichstag wurde am 22. Juni 1899 verlagert und nahm sich auch in der vom 14. November 1899 bis 12. Juni 1900 sich ausdehnenden zweiten Hälfte der zweijährigen Session 1898 bis 1900 nicht in die Zeit, in die zweite Lesung einzutreten.

In der nächsten Session, und zwar unterm 22. November 1900, brachte die socialdemokratische Fraktion abermals einen Initiativantrag im Reichstag ein, diesmal nicht, wie im Jahre 1898, nur eine Resolution, sondern eine Novelle, welche eine durchgreifende Verbesserung des Gesetzes, betreffend die Gewerbegerichte enthielt.

Auch das Centrum war wieder in Aktion getreten, indem es die von der früheren Kommission beschlossenen Abänderungsvorschläge als Initiativantrag einbrachte.

Die erste Plenarberatung dieser beiden Initiativanträge fand am 11. und 16. Januar 1901 statt. Zum zweitenmale wurde eine Vierzehner-Kommission, der wieder die Abgeordneten Lutzner und Zubeil angehörten, zur Vorberatung der Abänderungsanträge gewählt.

Diese Kommission hat nun gründlicher gearbeitet, als ihre Vorgängerin im Jahre 1899, und unterm 2. Mai 1901 konnte sie ihren jährlichen Bericht beim Plenum erstatten. Am 9. und 10. Mai cr. fand die zweite und am 13. Mai die dritte Lesung im Plenum statt. Das Resultat derselben war, daß die Kommissionsanträge mit geringen Ausnahmen unverändert angenommen wurden.

Betrachten wir nun kurz diese Beschlüsse des Reichstags.

Die von unsren Genossen beantragte allgemeine obligatorische Einführung der Gewerbegerichte wurde leider auch im Plenum abgelehnt und das Obligatorium nur für Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern beschloffen. Ein Versuch unsrer Fraktion, die Mindest-Einwohnerzahl von 20 000 auf 15 000 herabzusetzen, scheiterte. Gütte der Reichstag diesen socialdemokratischen Antrag angenommen, so müßten etwa doppelt so viel obligatorische Gewerbegerichte neu errichtet werden, als nach dem jetzigen Beschlusse.

Abgelehnt wurde der socialdemokratische Antrag, welcher die Kompetenz der Gewerbegerichte ausdehnen wollte, auf die Streitigkeiten aus dem Arbeits-, Lohn- oder Dienstverhältnis aller im Bergbau, in der Land- und Forstwirtschaft, im Handel und Verkehr oder als Gefinde beschäftigten Personen.

Nicht einmal die Wünsche der Handlungsgehilfen, welche in einer Reihe von Petitionen zum Ausdruck kamen und welche Anschluß an die Gewerbegerichte forderten, wurden berücksichtigt. Der Reichstag verweigerte den Handlungsgehilfen ein Recht, welches ihren Kollegen in Oesterreich durch die dortige Gesetzgebung längst gewährt worden ist.

Die sachliche Zuständigkeit der Gewerbegerichte hat durch die Novelle eine nicht unbedeutende Erweiterung erfahren, freilich nicht in dem Maße, als es der socialdemokratische Antrag verlangte. Dennoch ist ein großer Teil der diesbezüglichen, von unsren Genossen gestellten Forderungen berücksichtigt worden. Außer für die im bestehenden Gesetz vorgesehenen Streitigkeiten sollen nach dem Beschlusse des Reichstags die Gewerbegerichte künftig auch kompetent sein für die Erledigung von Streitigkeiten:

1. über die Ausföndigung oder den Inhalt des Lohnbuchs, Arbeitszettels oder Lohnzahlungsbuchs,
2. über die Mädaße von Zeugnissen, Wägern, Legitimationspapieren, Urkunden, Gerätschaften, Arbeitsstücken, Kautionen und dergleichen, welche aus Anlaß des Arbeitsverhältnisses übergeben sind,
3. über Ansprüche auf Schadenersatz oder auf Zahlung einer Vertragsstrafe wegen Nichterfüllung oder nicht gehöriger Erfüllung der Verpflichtungen, welche die unter Nr. 1 bis 3 des abgeänderten § 3 des Gesetzes bezeichneten Gegenstände betreffen, sowie wegen gesetzwidriger oder unrichtiger Eintragungen in Arbeitsbücher, Zeugnisse, Lohnbücher, Arbeitszettel, Lohnzahlungsbücher, Krankentafelbücher oder Quittungskarten der Invalidenversicherung,
4. über die Berechnung und Anrechnung der von Arbeitern zu leistenden Krankenversicherungs-Beiträge und Eintrags-Gelder.

Der § 5 des Gesetzes wurde durch eine, von unsren Parteigenossen angeregte Bestimmung erweitert, welche besagt, daß Schiedsverträge, durch welche die Zuständigkeit des Gewerbegerichts für künftige Streitigkeiten ausgeschlossen wird, nur dann rechtswirksam sein sollen, wenn nach dem Schiedsvertrage bei der Entscheidung von Streitigkeiten Arbeitgeber und Arbeiter in gleicher Zahl unter einem Vorsitzenden mitzuwirken haben, welcher weder Arbeitgeber noch Arbeiter ist.

Die socialdemokratische Fraktion hatte wieder beantragt, das Mindestalter für die Wähler auf das einundzwanzigste, für die Weisiger der Gewerbegerichte auf das vollendete fünfundschwanzigste Lebensjahr herabzusetzen und den Frauen das aktive und passive Wahlrecht zu erteilen. Diese Anträge wurden mit Hilfe des Centrums einfach niedergestimmt, desselben Centrums, dessen Mitglieder Dr. Lieber und Dr. Franz vor 23 Jahren selbst beantragt hatten, daß bei der Wahl der Weisiger des Gewerbegerichts alle volljährigen Arbeitgeber und Arbeiter wahlberechtigt sein sollten. Ein neuer Beweis von der Rauserung des Centrums im arbeiterfeindlichen Sinne. Wir halten es für geradezu beschämend, daß die Wähler bei den Gewerbegerichts-Wahlen auch künftig noch mindestens 25 Jahre alt sein müssen, während man in Oesterreich längst allen Zwanzigjährigen, auch den Frauen, das Wahlrecht erteilt hat.

Mehr Entgegenkommen als bei ihrem, das Frauenstimmrecht fordernden Antrage fanden die Socialdemokraten mit ihrer Forderung, in dem § 13 des Gesetzes die Bestimmung zu streichen, wonach die Wähler seit mindestens einem Jahre in dem Bezirk des Gewerbegerichts Wohnung oder Beschäftigung haben müssen. Durch Annahme dieses socialdemokratischen Antrags wurde einer Anzahl bisher nicht wahlberechtigten Personen das Wahlrecht zuerkannt.

### Politische Ueberblick.

Berlin, den 30. Mai.

#### Internationalismus der Höflichkeit.

Der Kaiser hat, wie wir bereits mitteilten, sich französischen Besuch geladen, der auch dem Erzherzog der 2. Garde-Infanterie-Brigade beizuwohnt. Bei dem Frühstück im Offizierskasino, das dem militärischen Schauspiel folgte, brachte der Kaiser einen Trinkspruch aus, der von einigen Berliner Abendblättern bereits als „eine hochpolitische Kaiserrede“ gefeiert wird.

Der Kaiser soll nach dem Bekanntwerden seiner Alexandrienerrede sich unwillig darüber geäußert haben, daß seine Ansprachen im soldatischen Kreise in die Öffentlichkeit gelangen; er soll auch gemeint haben, es entstünden so leicht Mißverständnisse, da ihm doch nicht zugemutet werden dürfe, jedes einzelne Wort auf die Gold-

wage zu legen. Trotz dieses kaiserlichen Unwillens wird sein neuester Trinkspruch wiederum in die Öffentlichkeit getragen, und es könnte scheinen, als würde dies veranlaßt durch eine besondere politische Bedeutung dieses Trinkspruchs. Dann aber ist es um so seltsamer, daß nicht ein amtliches Organ die Rede des Kaisers mitteilt, sondern ein Berliner Sensationsblatt. Es scheint fast, daß die „Berliner Neuesten Nachrichten“ richtig vermuten, „daß der Vermutung dieses Kanals die Absicht einer gewissen Schwächung des Vorgangs zu Grunde liegt“.

Der Kaiser sagte:  
 „Meine Herren! Am heutigen Tage habe ich die Ehre gehabt, an der Spitze der 2. Garde-Infanterie-Brigade zu kommandieren. Es ist dieser Tag ein ganz besonderer Gedentag, den ich immer hochgehalten habe und hochhalten werde, der Tag, an dem die Brigade vor dem hochseligen Kaiser Friedrich exerciert hat. Wir weihen dem Andenken an ihn ein stilles Glas!“

Nachdem die Anwesenden dem Folge gegeben hatten, fuhr der Kaiser fort:

„Hätten Sie die Gläser auf? Es freut mich gerade heute mitteilen zu können, daß es im fernen Osten zu Friedensabschlüssen gekommen ist, und daß die Truppen zurückgezogen werden können. Es sind mir aus diesem Anlaß von vielen Seiten Anerkennungen und Dankesäußerungen zu teil geworden, auch eine vom Kaiser von Rußland persönlich abgeordnete Depesche habe ich erhalten; sie lautet:

Für die Dienste in China sage Ich Euer Majestät meinen herzlichsten Dank. Graf Waldersee hat eine schwere, undankbare Sache mit Würde und Geschick geführt, ich bezuge meine volle Sympathie.“

Mit dem heutigen Tage ist der Brigade eine ganz besondere Ehre zu teil geworden, indem sie zwei Offiziere der französischen Armee in ihrer Mitte willkommen heißt. Es ist dies das erste Mal, ebenso wie deutsche und französische Truppen zum erstenmal Schulter an Schulter gegen einen gemeinsamen Feind in guter Waffenbrüderschaft und treuer Kameradschaft gekämpft haben. Die beiden Herren Offiziere und ihre gesamte Armee Hurra! Hurra! Hurra!“

Nach der Ansprache des Kaisers, so wird weiter erzählt, gab die Kapelle einen dreifachen Lufsch. Nach einigen Minuten erhob sich der französische General Bonnal und sagte in französischer Sprache dem Kaiser in warmer und überaus verbindlicher Weise seinen Dank dafür, daß es ihm gestattet worden sei, gerade diesem denkwürdigen Exzerieren beizuwohnen, und für die zahlreichen ehrenvollen Aufmerksamkeiten von Seiten des Kaisers und der deutschen Offiziere.“ Der General schloß seine Ansprache mit den Worten: „Die deutsche Armee und ihr Soldatenkaiser hoch, hoch!“ Nach dem Hoch intonierte die Kapelle die deutsche Nationalhymne.

Wie würden es freudig begrüßen, wenn diesen Vorgängen im Offizierskasino des 2. Garderegiments und der Depesche des russischen Jaren an den deutschen Kaiser eine politische Bedeutung beigemessen werden könnte. Jede friedliche Annäherung zwischen Deutschland und den Zweibundsmächten, jede Beseitigung nationaler Gegensätze und Bestimmungen würde von niemand befalliger aufgenommen werden als von uns. Wir glauben aber entfernt nicht an eine politische Bedeutung des Vorkommnisses.

Es ist sehr begreiflich, daß das Telegramm des Jaren den Kaiser erfreut und daß der Kaiser dieses Telegramm alsbald andern zur Teilnahme an seiner Freude mitteilt. Das Telegramm zeigt ja, daß weder die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Kaiser und den russischen Regierungsorganen über den eigentlichen Veranlasser des Waldersee-Oberkommandos, noch die Unterstützung, welche die deutsche Chinapolitik den Engländern geleistet hat, den Jaren abhalten konnten, auch seinerseits gute Dienste Deutschlands in China anzuerkennen. Es ist sogar ungewisshast, daß Deutschland thatsächlich gute Dienste nicht nur den Engländern, sondern auch den Russen geleistet hat. Die deutsche Chinapolitik hat den russischen Einfluß in China außerordentlich gestärkt und die Befestigung Rußlands in der Mandchurie ermöglicht. Die Auslands-politik der deutschen Regierung ist überhaupt eine recht gefällige Politik, sie erweist allen Nachbarn ringum gute Dienste.

Das Jarentelegramm ist nicht nur Höflichkeit, wenn es auch die ihm bereits zugeschriebene politische Bedeutung nicht hat. Nur Höflichkeit aber ist der Austausch zwischen dem Kaiser und General Bonnal. Es ist das erste Mal, daß ein derartiger Austausch stattfindet und man sagt, dem Kaiser liege ein lockender Reiz in dem Gedanken, die Franzosen durch sein persönliches Auftreten zu gewinnen. Wie wenig aber die Militärischen in Frankreich daran denken, sich durch eine Politik der Liebenswürdigkeit über den Verlust zweier Provinzen zu trösten, das zeigte erst letzter Tage die recht chauvinistische Rede des französischen Kriegsministers André. Und es ist nicht zu verkennen, daß die Militärischen Frankreichs recht haben, persönliche Liebenswürdigkeit nicht zu überschätzen. Denn sie sehen, daß der französische Wirt, der ihren General mit gewinnender Zuverlässigkeit einladet und auf die französische Armee toastet, die dauernde Vermehrung der militärischen Streitkräfte Deutschlands eifrig betreibt. Es ist charakteristisch, daß General Bonnal auch in der höflichen Verantwortung einer höflichen Bewillkommung den Kaiser als Soldatenkaiser feiert. Der französische General beweist damit richtiges Verständnis für das Vorwalten militärischer Reigungen in Deutschland.

Jedenfalls Aenderung in den Beziehungen Deutschlands zu andern Staaten wird durch den Trinkspruch des Kaisers nicht angekündigt. Eine Milderung der nationalen Gegensätze, eine veröhnliche Annäherung insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich kann nicht durch Akte der Höflichkeit, sondern nur durch



Zählung des beiderseitigen Rüstungsseifers erreicht werden. Das aber wollen weder die Militaristen dieses noch jenes Landes, ob schon die Völker es erkennen. —

### Ein Zeichen.

Die Stichwahl in Greifswald-Gruppen hat mit einem glänzenden und nennenden Siege des freisinnigen Kandidaten Sothein geendet, dem auch die Socialdemokratie ihre Unterstützung ließ. Der Freisinnige erhielt ungefähr 10 000 Stimmen, während der konservative Landrat v. Behr trotz der größten Wahlbeeinflussungen seiner Wahlmacher, trotz des rücksichtslosen Aufgebots aller behördlichen Eingriffe in die gegnerische Wahlagitator, um etwa 3000 Stimmen hinter dem Sieger zurückblieb.

Dieses Ergebnis wurde in einem bisher durchweg konservativen Wahlkreis erzielt, der eine überwiegende ländliche Bevölkerung zählt. Die kleinen Landwirte haben sich für den principiellen Freihändler gegen den Agrarier entschieden und damit bewiesen, daß sie gar kein Interesse an der Zollserhöhung haben. Nachdem einmal durch die Hauptwahl sich die Möglichkeit ergab, den agrarischen Landrat zu überwältigen, steigerte sich in der Bevölkerung in ganz überraschender Weise das Interesse an der Wahl, und in seltenem großem Umfang wurden in den paar Tagen zwischen Haupt- und Stichwahl Reserven gegen den konservativen mobil gemacht.

Die Vrotwucher-Garde konnte keine schlimmere Niederlage treffen als dieser Verlust alten Besitzstands in einem ländlichen Wahlkreise inmitten der leidenschaftlichen Kämpfe um die Handelsverträge. Es hat sich gezeigt, daß die Junker auch nicht die Massen der Kleinbürger und Bauern hinter sich haben, daß vielmehr auch sie nur auf das Zeichen warten, um endlich den verhassten Druck dieser Sippe abzuschütteln. Selbst die nicht allzu entschiedene und principielle Haltung der Freisinnigen gegen die Erhöhung der Getreidezölle hat genügt, um die Bevölkerung zu einem vernichtenden Schlag gegen einen Förderer der Junkerpolitik aufzuwecken.

Der Kreis Greifswald-Gruppen ist nur einmal, 1881/82, kurze Zeit in den Händen der Fortschrittler gewesen, die ihn mit Knapper Mehrheit den Reichsparteilern entzogen. 1874 und 1877 wählte der Kreis nationalliberal, sonst immer freikonservativ (Reichsparteilich) und 1898 konservativ. Bei den Septennatswahlen erhielt der Freikonservative 10568 Stimmen, während die Freisinnigen nur 2697 auf sich vereinigten. Die Socialdemokratie kam überhaupt erst in den letzten Jahren in Betracht. 1893 stieg der Reichsparteiler mit 7641 Stimmen gegen 2326 der freisinnigen Vereinigung, 1071 der freisinnigen Volkspartei und 2870 Socialdemokraten. Noch 1898 drang der konservativ gleich in der Hauptwahl durch; er erhielt 8376 Stimmen, während für die freisinnige Vereinigung 4210 und den socialdemokratischen Kandidaten 2501 Stimmen abgegeben wurden. Und jetzt plötzlich dieser zerschmetternde Sturz — in einer Situation, wo die Junkerschaft mit der Parole des erhöhten Brotzolls das ganze Land erobern zu können prahlt! Kein Wunder, daß die konservativen Presse ob dieses unerwarteten agrarischen Kladderadatsch die Fassung verliert. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt in der Aufregung den Sieg des Freisinnigen damit, daß die Wähler sich über die behördlichen Wahlbeeinflussungen geärgert hätten:

Wir wissen nicht, ob das Gerücht von den starken Wahlbeeinflussungen, das in der freisinnigen und socialdemokratischen Presse die Spalten füllte, thatsächlich und in allen Punkten begründet sei, möchten aber für die Zukunft unsre Freunde im Lande dringend bitten, sich aller Wahlbeeinflussungen, aller Saalabreibungen aller ähnlichen Dinge grundsätzlich zu enthalten. Erfahrungsgemäß nähren alle solche Sachen dem Gegner mehr, als sie ihm schaden. Es wird dadurch auch bei Wahlen, die nicht weaner sind, eine Mißstimmung erzeugt, die mindestens eine gewisse Wahlverdröbnis zur Folge hat. Unre Sache ist so gut, daß sie derartige Hilfsmittel nicht bedürfen sollte.

Das ist ein amüsantes Gesandnis! Schade nur, daß sich die „Deutsche Tageszeitung“ nicht vorher die behördliche Einmischung verboten hat. Allerdings rechnet ja das Blatt schon mit der Möglichkeit, daß einmal die Behörden gegen das Agrariertum arbeiten könnten. Daher die plötzliche Abneigung gegen das System der Wahlbeeinflussung.

Die Grimmener Wahl hat die Regierung und die Parteien über die Volkstimmung in den Zollfragen unzweideutig belehrt! Ob sie die nötigen Folgerungen daraus ziehen werden?

Dem zusammenbrechenden Liberalismus gönnen wir diese kleine Aufmunterung gern. Hoffentlich verhärtet der Sieg ein wenig seine Energie im grundsätzlichen Kampf gegen das Junkerregiment, das der gemeinsame Feind ist.

### Deutsches Reich.

Ein Agent des Bundes der Landwirte im Centrum. Herr Hermann Bauer in Bonn giebt seit fünf Jahren eine „Agrar- und Socialpolitische Korrespondenz“ heraus, die bestimmt ist, in Centrumsblättern die Anschauungen des Bundes der Landwirte zu verbreiten. Politisch reaktionär, arbeiterfeindlich und agrarisch huldigt sie ebenso der Scharmacherei wie dem Vrotwucher und ist bemüht, die „demokratische“ Richtung im Centrum zu bekämpfen. Aus dieser Quelle stammt zum Beispiel der neuerlich von uns erwähnte Artikel gegen die Verhätzelung der Industrie-Arbeiter. Daneben verdammt das Organ es nicht, die schmutzigsten Verleumdungen der Socialdemokratie der Centrumspresse darzulegen. So bringt es beispielsweise unter dem Titel „Gelogen wie von der roten Presse“ noch am 12. Mai d. J. jene Zusammenstellung angeblicher socialdemokratischer Äußerungen über die Landwirtschaft, die wir bereits vor Monaten als einen Haufen Erfindungen, Fälschungen und Verdrehungen dokumentarisch nachgewiesen haben, als die „konservative Korrespondenz“ den Schwund für die Kreisblätter ferkerte. Kurz diese Futterlieferungs-Kunst für einen Teil der Centrumspresse vereinigt alle politischen Schamlosigkeit der „konservativen Korrespondenz“ mit den wirtschaftlichen Irrführungen der verschiedenen Bundesorgane.

Dieser Hermann Bauer war es auch, der jüngst in Düren am heftigsten den Kampftruf erhob: Los vom Centrum und rein in den Bund der Landwirte. Das hat Herr Bauer im Namen der katholischen Bauern, als ein Centrumsmann, der das Ziel verfolgt, durch agrarische Aufstachelung der Bauern das Centrum immer mehr unter die Vormächtigkeith der Agrarier und des Bundes der Landwirte zu bringen.

Es dürfte nun aber interessieren, daß es sich bei dem agrarischen Centrumsagitator lediglich um einen Agenten im fremden Lager handelt. Der Bund der Landwirte will zwar unabhängig von den politischen Parteien sein, er hat aber dafür um so härter das Bestreben, daß die politischen Parteien von ihm abhängig werden. Zu diesem Zweck unterhält er in den politischen Parteien seine Enklaven, und so ist auch Herr Bauer vor einigen Jahren als subventionierter Agent des Bundes der Landwirte verpflichtet worden — für einen jährlichen „Erziehungsbeitrag“

zur Verwirrung des Centrums von, wenn wir uns recht erinnern, 2000 M.

Herr Remminger, der bayrische Bauernbündler, hat kürzlich bereits einiges von den Geschäftsgeheimnissen des Bundes der Landwirte ausgeplaudert. Aus dem Fall Bauer mag man ersehen, daß der Bund in der That „keine Mähe und keine Kosten scheut“, um das Riesengeschäft der Getreidezoll-Erhöhung zu stande zu bringen. —

### Der China-Kahenjammer.

Der sich schon deutlich genug in den Seufzern der Erleichterung verriet, mit der auch thatsächliche Blätter die Auflösung des ostasiatischen Oberkommandos und Expeditionscorps begrüßten, findet noch drastischeren Ausdruck in vielen Blättern, die kritische Betrachtungen über den Verlauf des Abenteuers anstellen. So schreibt z. B. die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“:

„Bei wichtigen politischen Ereignissen ist es interessant, den Lesern eine Uebersicht der Presse zu geben, um die Kennerungen und die Stellungnahme der verschiedenen Parteiblätter in Zeitungsartikeln zu zeigen. Bei diesem doch so hochpolitischen Ereignis des Endes des Chinafeldzugs ist das überflüssig: Ob konservativ oder freisinnig, ob offiziell oder unabhängig, ob rechts oder links, alle Blätter sind sich in dem Gefühl einig, daß ein großer Stein vom Herzen des Volkes genommen ist. Mit dem kürzlich viel citirten „Uff der Erleichterung“ Eugen Richters nahm ganz Deutschland die frohe Kunde hin. Nun wird aber das Facit des löstigen Experiments gezogen; auch in der ungünstigen Beurteilung sind sich so ziemlich alle Parteien gleich.“

Während die „Rhein.-Westf. Ztg.“ sich einseitig mit dieser allgemeinen Feststellung des Kahenjammers begnügt, gehen die „Samb. Nachr.“ mit ägender Schärfe alle Sünden der hysterischen Dämonenpolitik durch:

„Trotz des großen decorativen Aufwands, mit dem die chinesische Aktion Deutschlands vor bald einem Jahre unternommen worden ist, trotz der Hymnen, welche die offizielle Presse der neuen, auf diese Weise eingeleiteten Weltmachtspolitik spendete, hat das deutsche Volk sich nie dafür begeistern können.“

Die Stimme der nicht künstlich beeinflussten öffentlichen Meinung ging dahin, daß wir keinen Grund hätten, in China scharfer anzutreten als die dort ähnlich interessierten Großmächte, als Frankreich oder England oder Amerika. Statt dessen wurde eine Expedition ausgerüstet, welche die aller andern Mächte an Kopfszahl und Kostspieligkeit übertraf; man erlangte auf bekannte Weise den Oberbefehl über die gesamten Contingente und Graf Walow verlegte in diplomatischen Noten den Gang der Entwicklung in China seinerseits zu bestimmen. Vor dem deutschen Volke aber wurden diese Maßnahmen, die uns in eine ganz unnötig exponierte Stellung bringen mußten, mit dem Hinweis darauf begründet, daß wir durch den Tod unsres Vortreters ganz besonders engagiert seien. Wer damals seine Bedenken gegen diese Ansetzung geltend zu machen suchte, lief Gefahr, von der offiziellen Presse des Vaterlandsraths geziehen zu werden. Jetzt werden diejenigen Truppen und Schiffe zurückberufen, deren es in China wohl überhaupt nicht bedurfte hätte. Was zurückbleiben wird, hätte wahrscheinlich allein die Aufgabe erfüllen können, die zu lösen war. Man beklagt die Verluste an Leben, Gesundheit und besonders an Nationalvermögen, die diese Expedition mit sich gebracht hat. Zu diesen Opfern tritt noch, wie wir fürchten, eine Einbuße an Ansehen; denn darüber kann man sich doch nicht täuschen: den großen Verleumdungen, den heroischen Notizen, dem so stark markirten deutsch-englischen Abkommen ist die Schamade gefolgt.“

Die Wiener „Neue freie Presse“, um ein ausländisches Blatt zu citieren, urteilt über die Waldersee-Episode folgendermaßen:

„Andre Mächte waren unmittelbarer beteiligt, England hatte vitalere Interessen und Rußland lag dem Schauplatz näher, warum also, fragte man sich in Deutschland, sollte gerade von deutscher Seite der Führer einer internationalen Expedition nach China gestellt werden, deren Gelingen auch deshalb nicht weniger als zweifellos war, weil man sich über das gegenseitige Mißtrauen nicht täuschte, mit welchem die Mächte unter dem notwendigen Schlagwort der erforderlichen Sühne für das beleidigte Völkerrecht sich zur Gemeinamkeit entschlossen? Und es kam doch auch sofort zu Tage, daß in Petersburg eine besondere Freude über Waldersees Ernennung nicht bestand, denn sehr entschieden wurde dort bestritten, daß der Jar zu derselben die Initiative ergriffen haben sollte. Graf Waldersee hatte auch noch nicht auf chinesischen Boden den Fuß gesetzt, so erfolgte die Erklärung Rußlands, daß es seine Truppen aus Peking zurückzuziehen beschloß. Das waren nach der überaus demonstrativen Art, wie Waldersees Ernennung und Abreise erfolgt waren, wenig gemüthliche Zeichen...“

Ueber das politische Facit der glorreichen Kreuzfahrt urteilt das Blatt wie folgt:

„Ueberblickt man jetzt, da die chinesische Verwicklung erstlich ihrem Ende entgegengeht, das Ergebnis derselben, so empfängt man den Eindruck, daß nicht bloß das chinesische Problem ungelöst geblieben ist, sondern daß es niemals von der Lösung entfernt war, obgleich sie niemals vorher mit größerem Applomb in Aussicht gestellt und mit mächtigerem Aufwand militärischer und finanzieller Mittel in Angriff genommen wurde. Nichts ist erzielt worden, nicht die Herstellung eines gesicherten Rechtszustands und eines verlässlichen Fremdenverkehrs in China, nicht die Erweiterung und Ausbreitung des ostasiatischen Handels-Verkehrs, nicht die exemplarische Verleugung des Mandarinentums über die Superiorität der europäischen-amerikanischen Civilisation und die Macht der Zwangsmittel, die ihr zur Verfügung stehen. Im Gegenteil, der Zwiespalt unter den Mächten und der Gegenstoß ihrer Interessen ist den Chinesen aus nächster Nähe offenkundig geworden, den chinesischen Unterhändlern ward es leicht gemacht, die Mächte gegen einander auszuspielen, und weniger als je steht zu hoffen, daß der Respekt vor der europäischen-amerikanischen Civilisation in Zukunft ein Hindernis neuer Fremdenbedrohungen und Völkerrechts-Verletzungen sein werde. Rußland ganz allein hat den Vorteil, es steht in der Handschere, auf die es unter dem Titel des notwendigen Schutzes seiner ostasiatischen Eisenbahn die Hand gelegt hat und die es schwerlich wieder herausgeben wird, obgleich von sämtlichen Mächten feierlich verflucht worden war, daß die internationale Expedition den territorialen Bestand Chinas nicht verändern dürfe. Mit der Anweisung auf die vierhunderttausig Millionen Töckel, welche die Entschädigungsansprüche betreffen sollen, werden die Mächte aus China abgehen, um die höchst unerbauliche Erfahrung bereichert, daß der im größten Stile unternommene Versuch, ihre civilisatorische Gemeinschaft zu erproben, an dem chinesischen Problem gescheitert ist.“

Nichts ist erreicht, als daß wir sehr viel Geld und politisches Ansehen los geworden sind. Vor ein paar Monaten stand das fast ausschließlich in socialdemokratischen Blättern zu lesen und heute liest man es fast in der ganzen nicht-offiziellen Presse!

Die China-Affaire hat allerdings einen großen Triumph gezeitigt — den der socialdemokratischen Kritik, die am Beginn des Abenteuers allein aussprach, was an seinem Ende alle Welt ein-geht.

Graf Wilhelm Bismard, Oberpräsident in Ostpreußen, ist plötzlich verstorben. Die Stellung seines Vaters ließ ihn eine überaus rasche Carriere machen, so daß er schon außerordentlich früh an die Spitze einer Provinz trat. Der Sturz Bismards veranlaßte ihn nicht, von seinem damaligen Amte als Regierungspräsident zurückzutreten. Graf Wilhelm Bismard war auch einige Jahre Mitglied des Reichstags und des Abgeordnetenhauses. Er hat besonderes Talent nicht besessen, aber häufig eine überaus herrliche Haltung gegenüber Bevölkerungsklassen bewiesen, die dem konservativen Junker nicht gefielen.

Wahrscheinlich wird der Todesfall eine Hinausschiebung der auf den 4. Juni angeetzten Enthüllung des Bismard-Denkmals herbeiführen. —

Für die nationale Arbeit wird in Ostpreußen, wie uns von dort geschrieben wird, in ganz merkwürdiger Weise gefordert. Daran, daß den Arbeitern eine Steigerung der Löhne durch die massenhafte Einführung von lohnbedrückenden Arbeitern aus Rußland unmöglich gemacht wird, haben sich die einheimischen Arbeiter schon gewöhnt. Mit recht empört sind die Arbeiter aber darüber, daß sie von allen besser bezahlten Arbeiten grundsätzlich ferngehalten werden. Mit Rücksicht auf die Wessiger, die die leistungsfähigeren deutschen Arbeiter im Sommer nicht missen wollen, werden zu den öffentlichen Arbeiten, wie Chauffeure, Kulturarbeiten in den Gärten und bei Bahnbauten fast ausnahmslos Zucht-kämpfer oder polnische Arbeiter herangezogen. Bei den Aufforstungsarbeiten auf den Neuhagen und bei den Arbeiten zur Urtvornahme der Moore sind nur Strafgefangene beschäftigt. Das mag wohl angehen. Mit welchen Gefühlen müssen es aber die anständigen Arbeiter sehen, wenn die russisch-polnischen Arbeiter von Chauffee- und Bahnbauten Sonntags in Scharen in die Dörfer kommen, dort Dinge einlaufen und genießen, die der einheimische Arbeiter bei seinem viel geringeren Verdienste sich nicht leisten kann. Als Beispiel sei nur angeführt, daß bei dem Bau der Kleinbahn Neuhagen-Popellen im Kreise Labiau gegen 200 Polen beschäftigt sind, aber kein deutscher Arbeiter. Dieses Verfahren heißt die Lust zur Abwanderung bei den anständigen Leuten geradezu gewalttham hervorgerufen. —

Der Fall Niederstein beschäftigte gestern in der Berufungsinstanz das Ober-Kriegsgericht des Gardecorps in Potsdam. Es handelte sich um den in der Presse bereits vielfach besprochenen plötzlichen Todesfall des Rekruten in der Leibschwadron der Garde du Corps Ernst Niederstein, der infolge erlittener Mißhandlungen durch einen andren Soldaten eingetreten sein sollte. Am 15. Januar dieses Jahres gegen Abend erkrankte der Gefreite Frid von derselben Schwadron den Rekruten Niederstein, ihm das Sattelzeug zu geben. Der Rekrutengatte that dies nicht und wurde deshalb am nächsten Morgen im Stall von R. zur Rede gestellt. Dies hörte auch der im zweiten Jahr dienende Stubenlamme des R., der Garde du Corps Johann Schulze und er ergriff, obwohl ihn die ganze Sache nichts anging, sofort Partei für den Gefreiten. Schulze schlug nun mit einem Riemen ohne Erbarmen auf den Niederstein los, der sich gegen den älteren Mann nicht zur Wehr zu legen wagte. Er jagte ihn durch den Stall, wobei der Rekrut am Herdstand des Garde du Corps Schwagens niederstürzte. Als der Gefreite sich wieder aufrichtete, verlegte ihm sein Reinger mehrere schallende Ohrfeigen. Den Vorfall hatten einige Zeugen mit angesehen, meistens Rekruten, die jedoch ebenso wie der Mißhandelte leider keine Anzeige von der empörenden Mißhandlung machten. Mehrere Tage darauf begann R. über Ohrenschmerzen und Schmerzen in den Ohren zu klagen. Er wurde, da sich angedeutet eine Halsentzündung zeigte, tags darauf in das Garnison-Lazarett aufgenommen. Hier verstarb R. am 18. Februar infolge einer Gehirnentzündung. Vor seinem Tode hatte er Strafantrag gegen Schulze wegen Mißhandlung gestellt und da die Obduktion der Leiche die Todesursache nicht mit Sicherheit feststellte, so wurde gegen Schulze die Anklage wegen schwerer Körperlicher Mißhandlung erhoben. In der Hauptverhandlung des Kriegsgerichts der Garde-Kavallerie-Division wurde Schulze zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt, da nicht festgestellt werden konnte, ob der Tod des R. mit den erlittenen Schlägen gegen den Kopf in ursächlichem Zusammenhang stände. Gegen dieses Urteil erhob der Gerichtsherr, Generalleutnant v. Mohner Berufung, weil hier eine schwere Mißhandlung vorliege, die zum Tode des Rekruten geführt habe. In der gestrigen Verhandlung des Ober-Kriegsgerichts stand der Angeklagte seine Schuld ein und gab zu, daß er den Niederstein geschlagen habe. Als Grund dafür gab er an, daß der Rekrut faul und jämlich gewesen sei. Die anwesenden Zeugen, welche sämtlich die Mißhandlung mit angesehen, wußten wenig Neues vorzubringen. Die älteren Mannschaft, der zweite Jahrgang, schilderten den Niederstein als jämlich und freitragig, während die mit dem Verstorbenen eingetretene Rekruten denselben als einen anständigen, tüchtigen Soldaten darstellten. Nach Beendigung des Zeugenverhörs wird zur Vernehmung des Sachverständigen geschritten. Oberstabsarzt Dr. Rothnagel hat den Niederstein im Lazarett behandelt. Er fand eine Durchlöcherung des Trommelfells, sowie eine Mittelohr-Entzündung und schließlich eine leichte Halsentzündung bei dem Patienten. Der Herr Sachverständige glaubt nicht, daß ein Zusammenhang zwischen der Verletzung des Trommelfells, die durch Schläge hervorgerufen sei, und der Mittelohr-Entzündung, welche schließlich zum Tode führte, bestehe. Er glaube, daß die Halsentzündung in Verbindung mit dem Nasenraum und daß so eine Infizierung des Mittelohrganges stattgefunden habe. Auch der zweite Sachverständige, Oberstabsarzt Dr. Salzmann, ist derselben Ansicht und präcisirt dies dahin, daß die Trommelfell-Verletzung in keinem Zusammenhang mit der Mittelohr-Entzündung stehe. Herr Staatsanwalt Dr. Hödel ist der Ansicht, daß bei der grenzenlosen Rohheit, die in diesem Mißhandlungsfalle vorgelegen, eine Gefängnisstrafe von drei Monaten wohl angebracht sei. Der Gerichtshof verhandelte noch längerer Beratung, daß die Verurteilung des Gerichts Herrn als unbegründet zu verwerfen sei. Das Urteil, 6 Wochen Gefängnis, bleibe bestehen und sei außerordentlich milde. Zu Gunsten des Verurteilten sei das Sachverständigen-Urteil und die gute Führung des Mannes angenommen worden.

Militärische Liebenswürdigkeiten. Aus Elbaf-Lothringen wird uns geschrieben: Eine im Reich des XVI. (Lothringischen) Armee-corps ergangene Verfügung erregt gegenwärtig bei der ländlichen Bevölkerung der Gegend von Reims und Diedenhofen Unwillen. Die zahlreichen Truppenteile jenes Bezirks sind, mangels eines geeigneten Schickplatzes, gezwungen, ihre Übungen im Scharfziehen im freien Gelände abzuhalten, was zur Folge hat, daß einzelne Dorfmarkungen das Jahr hindurch an 30 bis 40 Tagen vollständig gesperrt werden. Für den hieraus den Landwirten, Waldarbeitern, Tagelöhnern usw. entstandenen Schaden wurde bisher seitens der Militärverwaltung ein entsprechender Ersatz geleistet. Dies soll nun für die Zukunft allem Anschein nach anders werden. Der Kommandeur des Infanterie-Regiments Nr. 130 hat nämlich, wie die „Lothringische Wäcker-Zeitung“ berichtet, dieser Tage in den beteiligten Gemeinden bekannt geben lassen, daß fernere Abzuräumung von Ernteanständen infolge von militärischen Abzuräumungsregeln die einfache Thatsache der Arbeitsveränderung in dem abgesperrten Gelände nicht mehr genüge, die Bewilligung von Entschädigungen vielmehr in jedem Einzelfalle von dem Reichthum abhängig gemacht werde, daß ein Schaden wirklich entstanden ist. — Es ist wohl kaum zu betreiben, daß eine derartige Zumutung an die durch die massenhaften Einquartierungen ohnehin schwer belastete Landbevölkerung Lothringens allen Billigkeitsrücksichten zuwider läuft. Die Verfügung würde in den meisten Fällen thatsächlich auf die Verweigerung jeder Entschädigung hinaus laufen. —



**Pommerische Bank.** Die Bank kündigt an, daß sie den am 1. Juli fälligen Zinscoupon ihrer Pfandbriefe, wie immer, vom 15. Juni ab einlöst. — Die Leiter der beiden Untergesellschaften „Immobilien-Verkehrsbank“ und „Schumacher u. Co.“ haben das Beste gesucht. Die Amisentscheidung „bis auf weiteres“ der verhafteten Direktoren Schulz und Romeis ist vom Ausschüsse angenommen, ihre bisherigen Stellvertreter sind zu Direktoren bestellt; auch für den künftigen Direktor der Immobilien-Verkehrsbank ist ein Nachfolger bestellt.

Es sind inzwischen Einzelheiten aus dem neuen Aktiengang bekannt geworden, die wenigstens ungefähr ein Urteil über die Aussichten der Pfandbriefbesitzer gestatten, und dies Urteil bestätigt die Berechtigung unserer Warnungen an diese Besitzer, die sehr thöricht wären zu den jetzigen Kursen zu verschleiern. Die Deutsche Bank hat schon seit einiger Zeit größere Aufkäufe von Pommerwerken gemacht; sie war also augenscheinlich bemüht, sich auf eine Tätigkeit bei der „Sanierung“ vorzubereiten.

Die Aussichten der Aktionäre der Pommerischen und vor allem der Streitschlichter Bank werden erst nach Deffnung der geheimnisvollen Immobilien-Verkehrsbank und ihrer Schranken zu beurteilen sein. Darüber wird bis zum 8. Juni ja wohl Klarheit geschaffen werden. Wir werden dann, wie seiner Zeit in betreff der Preussischen Hypothekendarlehen eine Darstellung des verworrenen Knäuels bringen.

Von vielen Seiten werden jetzt Mitteilungen über blödsinnige Verschwendungsgeheiß des verhafteten Direktors Schulz gemacht, der in dieser Hinsicht seinem Lehramtskollegen unwürdig zu sein scheint. Schulz soll in fliegenden Vollkosten Tausende an einem Abend weggeworfen haben. Der Hofbankier glaubte das wohl seiner Würde schuldig zu sein.

## Ausland.

### Belgien.

**Volkstimmungsfrage über die Wahlrechtsfrage.** Die für das allgemeine, gleiche Wahlrecht mit proportionaler Vertretung einsetzenden liberalen Gruppen des Senats und der Kammer beschloßen heute, in der Kammer den Antrag zu stellen, die Regierung möge eine Volksabstimmung herbeiführen, in welcher das Land bestimmen soll, ob es für oder gegen die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts mit proportionaler Vertretung ist.

### Frankreich.

**Paris, 30. Mai.** Der „Gaulois“ will wissen, daß das Steuererträgnis erheblich hinter den Budgetschätzungen zurückbleibe. Um den Ausfall zu decken, beabsichtige die Regierung, die Soldaten des dritten Dienstjahres um zwei Monate früher zu entlassen, wodurch 30 Millionen erspart würden.

Wie offiziös gemeldet wird, verpfändete sich Marokko zur Zahlung von 100 000 Frank Entschädigung an die Familie des von den Korsikern ermordeten französischen Kaufmanns Fouquet; auch habe Marokko strenge Verstrafung der Schuldigen zugesichert und die Freilassung mehrerer gefangenen Personen versprochen, welche unter französischem Schutze stehen.

### Italien.

**Neues vom Vologneser Bauernstreik.** Bologna, 25. Mai. Der vor zwei Wochen ausgebrochene Bauernstreik ist jetzt in sein kritisches Stadium getreten. Die Bewegung hat sich wie ein rollender Strom über das ganze, Bologna umgebende Hungerland ergoßen. Saffio, Malalbergo, San Giorgio di Piano, Minerbio, Medicina, Budrio, Molinella stehen im Zeichen des Streiks. In diesen und vielen anderen Orten und in hiesiger Provinzhauptstadt tagen die Schiedsrichter-Kommissionen in Permanenz. Die Meißbauer streiken, die am italienischen Rhein (reno), an dessen Ufern Bologna liegt, beschäftigten Erdarbeiter streiken, die Demolierer, Schmied, Winger und Kornleiser streiken im Ausmaß. Diese streikende Bevölkerung setzt sich zum überwiegenden Teil aus Arbeitern zusammen. Die größte Schwierigkeit bietet der Ausgleich in Molinella. Hier, wo man am wenigsten zum Nachgeben geneigt ist, droht der Hunger die Menge aufzureiben. Im ganzen Streikgebiet sind Carabinieri (Gendarmen) und Polizisten auf den Beinen. Die Gärung ist in den letzten Tagen außerordentlich gestiegen. In Molinella, wo man zum Kampf bis aufs Messer entschlossen ist, wäre Aussicht auf Erfolg. Man ringt jetzt um Herbeischaffung von 10 000 Lire. Die Nichtbauern in Budrio, ein neu erbildetes Arbeiterkonsortium, welches die Uferregulierung des Reno auf Staatskosten übernommen hat, soll das Geld flüssig machen. Die in Molinella streikenden Bauern appellieren an die Solidarität der arbeitenden Nichtbauern. Zur Jur ist aber nur sehr schwache Aussicht vorhanden. Für die Kooperativgenossenschaft der Nichtbauern bedenten 10 000 Lire einen Aterlach, der gar nicht im Verhältnis zu den finanziellen Kräften des Konsortiums steht. Die Grundherren tragen unerschütterliche Stand und Hunger auf der einen, frohe, mit dem Hunger rechnende Siegeszuversicht auf der anderen Seite — so stehen die Dinge heute. Im letzten Augenblick, da ich diese Zeilen schreibe, wird bekannt, daß in Molinella gestern nachmittags heftige Tumulte ausgebrochen sind.

**Berichtigung.** In Nr. 122 des Hauptblatts soll es in der Notiz „Joren-Justiz“ heißen: die Flucht des polnischen Parteigenossen Wisniewski, — nicht des russischen usw.

## Der Boeren-Krieg.

### Bewegungen der Boeren.

London, 30. Mai. Aus Cradock wird gemeldet: Ein Kommando, bestehend aus Boeren und Rebellen der Kapkolonie, schenkt sich nach dem Osten zu bewegen. Man erwartet weitere Nachrichten über dieses Kommando, sobald es in der Nähe von Queenstown angelangt sein wird, wo auf eine starke Verteidigung seitens der englischen Truppen zu rechnen ist. — Am letzten Montag ließ Oberst Corrinne die Artilleriegarde einer Boerenkolonie in der Nähe von Mareisberg passieren. Sämtliche verfügbare Kräfte sind nach der östlichen Verteidigungslinie Possemead-Abzweig abgezogen worden. — Den Boeren scheint es ganz besonders an Winterkleidern zu mangeln. Es ist jedoch möglich, daß sie sich diese Sachen in der Gegend von Torkastad und Mareisberg holen können. — Dem Bericht eines Holländers zufolge befindet sich Delarech in der Kapkolonie. Ferner verlautet, mit größter Bestimmtheit, De Wet sei auf dem Wege nach dem Süden begriffen. Es ist nicht unmöglich, daß die beiden Boerenführer beschlossen haben, einen Winterfeldzug im mittleren Distrikt der Kapkolonie zu führen.

### Ein Gefecht.

Aus Durban meldet das „Reutersche Bureau“ vom 30. Mai: 400 Boeren unter dem Kommandanten Nears, von Wiljoen, Spruyt und Weitenbach griffen am 25. Mai fälschlich von Weibel einen Wagenzug Numers an, wurden aber nach sechsständigem Kampfe zurückgeschlagen; die Engländer hatten 6 Tote und 20 Verwundete, die Boeren 6 Tote und 30 Verwundete. Numers Kolonne traf am 24. Mai in Standerton ein mit einer Anzahl Boerenfamilien und erbeuteten Vorräten.

### Die Tagesverluste

für den 29. Mai umfaßt 42 Tote und 99 Verwundete. Die starken Verluste der letzten Zeit machen sich also bemerkbar.

## Partei-Nachrichten.

**Der Sozialdemokratische Wahlverein für Nauen** hatte dem dortigen Magistrat den Antrag unterbreitet, die Erhebung des Bürgerrechtsgeldes abzuschaffen. Der Magistrat lehnte es ab, die Stadtverordneten-Versammlung hand dem Antrage sympathisch gegenüber. Da aber der Bürgermeister erklärte, daß die kleinen und mittleren Städte noch alle Bürgerrechtsgeld erhoben, so vertagte man die Angelegenheit und will nun erst Er-

kundigungen einziehen. Der oben genannte Verein will nun ebenfalls derartige Erkundigungen sammeln und der Stadtverordneten-Versammlung als Material überreichen. Er ersucht deshalb die Genossen der Klein- und Mittelstädte, wo das Bürgerrechtsgeld abgeschafft ist, ihn hiervon in Kenntnis zu setzen und zwar mit speziellen Angaben über die Einwohnerzahl und des Datums, an welchem das Bürgerrechtsgeld in dem betreffenden Orte fiel. Die Parteipresse wird um Abdruck des Vorlesenden gebeten. Zuschriften sind an den Vertrauensmann unserer Partei: A. Müllerstädt, Nauen, Feldstr. 22, zu senden.

**Totuliste der Partei.** In Gunnersdorf, Kreis Hirschberg in Schlesien, starb im Alter von fast 55 Jahren der Parteigenosse Heinrich Hamdach. Der sozialdemokratische Wahlverein verliert in ihm seinen treuen Kassierer. Seit Bestehen des Gewerbegerichts für den Kreis Hirschberg war er dessen Kassierer. Sein Tod trifft die Arbeiter des Hirschberger Tales schwer.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— In fünfzig Mark Geldstrafe wurde Genosse Fleißner, Redakteur der „Sachl. Arb.-Ztg.“, verurteilt, weil er den Besitzer einer Maschinenfabrik beleidigt haben sollte.

## Der dritte französische Parteitag.

Lyon, 27. Mai 1901.

### Zweiter Verhandlungstag.

(Schluß der Nachmittags-Sitzung.)

Die Debatte über die Gewerkschaften und Genossenschaften wickelt sich in Abwesenheit der Linken ruhig ab. Doch ist es eine beklemmende Ruhe. Man fühlt die Zwecklosigkeit der Debatte. Die Aufmerksamkeit richtet sich anderswo hin: das Schicksal des Kongresses hängt ab von der Debatte, die außerhalb des Saales in der Kommission über die Resolution Delaporte sich abspielt. Zudem sind die besten Kräfte von rechts und links in dieser Kommission beschäftigt. ... Innerhalb wechseln in der aus dem Anre gedrohenen Debatte Rede und Gegenrede ab, denn auch innerhalb der allein gebliebenen Mehrheit gehen die Meinungen auseinander. Der kleinere Teil der Mehrheit will mit der Linken die Sondernung der Gewerkschaften und Genossenschaften von der Partei. Es sind das die revolutionären Gläubigen der Generalstreik-Aktion, die die politische Aktion überhaupt geringfügig behandeln.

In diesem Sinne spricht namentlich Lebry-Paris, Allemanist: Die zielbewussten Sozialisten und Revolutionäre seien in den Gewerkschaften zu finden, nicht in den politischen Organisationen.

Copignaux-Paris, ehemaliger Sekretär der „Konföderation der Arbeit“ (allgemeine Gewerkschafts-Organisation Frankreichs), meint, die Politiker vergehen immer die Forderungen der Gewerkschaften. Die Schutzgesetze brächten den Arbeitern Schaden anstatt Nutzen. Die Gewerkschaften seien revolutionärer als die politischen Gruppen. Beweis: sie votierten stets auf ihren Kongressen den Generalstreik. Es sei übrigens seltsam, daß die Politiker, die selber sich nicht einigen könnten, die Vereinigung der Partei mit den Gewerkschaften verlangten.

Die meisten Redner traten für diese Vereinigung ein unter Betonung des engen Zusammenhangs zwischen Gewerkschaften und Politik, sowie der ständigen Unterfütterung der gewerkschaftlichen Aktion durch die sozialistische Partei.

Lyon, 28. Mai 1901.

### Dritter Verhandlungstag. — Vormittags 9 Uhr.

Vorsitzender: Collin-Paris, Gemeinderatsmitglied; Vizepräsident: Barakat und Hahn; Schriftführer: Guillemin.

Eine Begrüßungsrede ist von der amerikanischen sozialdemokratischen Partei eingeladen.

Die Linke wohnt der Sitzung bei.

Briand berichtet namens der Kommissionsmehrheit über die Ministerfrage. Es liegen drei Resolutionen vor: I. Die „Sozialistische revolutionäre Arbeiterpartei“ (Allemanisten) verlangt, daß Millerand zur sofortigen Demission aufgefordert werde von der Organisation oder Gruppe, welcher er angehört. Gehört er aber keiner Organisation an, so hat sich der Kongress mit ihm nicht zu befassen. II. Die Resolution Delaporte (deren Text ist bereits mitgeteilt worden). III. Resolution Briand, die die Resolution II nur in einem wichtigen Punkte abändert. Sie lautet: „In Erwägung, daß die wesentliche Aufgabe des Kongresses darin besteht, die gegenwärtig der Vereinigung der revolutionären Kräfte Frankreichs entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen; daß die Ministerfrage eines Deputierten, der einst der sozialistischen Kammerfraktion angehört, eine die innerparteilichen Spaltungen begünstigende Zweideutigkeit schafft; daß die Frage der Beteiligung an der Regierung zwar für die Vergangenheit und die Zukunft, nicht aber für die Gegenwart entscheidend wurde — (diese drei Erwägungen sind die getreue Wiederholung der betreffenden Absätze der Resolution Delaporte. Der Berichterstatter) — erklärt der Kongress, daß Millerand, indem er ins Ministerium eintritt, d. h. auf seine persönliche Verantwortung und auf privater Initiative einen Posten übernommen, der ihn außerhalb der Kontrolle der sozialistischen Partei stellt, diese Partei an der Regierung nicht hat engagieren können, daß er folglich dieselbe in der Regierung nicht vertritt und in keinem Augenblick vertreten hat. Der Kongress erklärt außerdem, daß die Haltung der Partei und der Kammerfraktion gegenüber dem Ministerium dieselbe sein muß, wie gegenüber jedem andern Bourgeoisministerium, d. h. ausschließlich durch das Interesse des sozialistischen Proletariats diktiert sein.“

Diese Resolution wurde in der Kommission mit 47 gegen 10 Stimmen angenommen.

Briand betont, daß, wie aus der Resolution ersichtlich, auch die Mehrheit entschlossen sei, die Partei jeder Verantwortung für die Ministerfrage zu entledigen. Der einzige Differenzpunkt zwischen Mehrheit und Minderheit sei die Art und Weise, jene Idee auszuführen in Bezug auf Millerands Person. Delaportes Resolution sagt, Millerand habe sich „außerhalb der Partei“ gestellt. Wir sagen, er habe sich „außerhalb der Parteikontrolle“ gestellt. Die ganze Debatte in der Kommission drehte sich um die Auslegung des Sinnes der Worte: „außerhalb der Partei“. Zum Zweck der Verklärung hat Redner eine der Resolution Delaporte identische Fassung vorgeschlagen, die aber den Sinn des Ausschusses von Millerand aus der Partei klar beseitigt. Die Mehrheitresolution löst die sachliche Frage genau ebenso wie die der Minderheit, ohne aber die Personen zu treffen. Die Lösung jener Frage ist in der That notwendig, um jede Konfusion zu beseitigen. In den Reihen des Proletariats trifft man die Vorstellung, das gegenwärtige Ministerium sei sozialistisch; natürlich wandern sich dann diese Genossen, daß ein sozialistisches Ministerium so gar nichts Unmögliches thue. Der Partei sind eben in den letzten Jahren zahlreiche neue und unklare Elemente beigetreten. Daher jene Konfusion, die zu beseitigen ist. Wir müssen erklären, daß das Ministerium weder durch seine allgemeine Zusammensetzung, noch durch diesen oder jenen Einzelminister sozialistisch ist. Dieser Gedanke aber ist in meiner Resolution noch viel klarer ausgedrückt als bei Delaporte. Viele der Unterzeichner der Resolution Delaporte haben mit dem Redner nicht den Ausschluß Millerands ausdrücken wollen. Andernfalls wären zugleich mehrere Unterzeichner jener Resolution aus der Partei ausgeschloffen, da sie Millerands Handlung gebilligt hätten. (Weisfall rechts.) In der Kommission hat man gegen diese Schlußfolgerung von der linken Seite protestiert. Wo ist der Ausdruck Delaportes unklar. Wie kann man Millerand aus der Partei ausschließen, ohne seine Erklärungen angehört zu haben? Zahlreiche Delegierte sind hier, wie Redner, bereit, Millerand Angesichts zu Angesichts ihre theoretischen Gründe gegen seine Ministerfrage darzulegen, aber nicht einen Abwesenden zu verurteilen.

Sodann verbreitet sich Redner über die bekannten Umstände des Eintritts Millerands ins Ministerium und über die damaligen Vorgänge innerhalb der Kammerfraktion. Aus der Kommissionsdebatte hierüber gehe hervor, daß damals niemand Millerands Handlung als

einen Ausnahmegrund betrachtet hätte. Zum Schluß bittet Redner die Linke, ihrerseits im Interesse der Verjüngung Zugehörnisse zu machen, wie es die Mehrheit getan, wie viele Delegierte, die Delaportes Resolution den Tod im Herzen (la mort dans l'ame) unterzeichnet haben. Die Mehrheitresolution entscheidet eine Prinzipienfrage, die der Minderheit wolle außerdem den Sondergruppen Genugthuung über eine Personenfrage verschaffen. (Unhaltender Beifall der Mehrheit.)

Delaporte, Berichterstatter der Minderheit: Hinter dem Worte der Mehrheitresolution: „außerhalb der Kontrolle“ steckt eine Latz, die wir bekämpfen. Welche Lage schafft man für die Partei, sobald man erlaubt, alles zu thun unter der einzigen Bedingung, daß nachher erklärt wird, das betreffende Parteimitglied habe sich „außerhalb der Parteikontrolle“ gestellt? Briand beruft sich auf die Abwesenheit Millerands, — wie könnte aber dieser dem Kongress beiwohnen, nachdem er sich nach Dr. selbst außerhalb der Parteikontrolle gestellt hat? (Lebhafter Beifall links.) Keine persönliche Freundschaft, kein Sentimentalismus darf uns abhalten, eine Prinzipienfrage zu lösen. Briands Resolution läßt wieder alles beim alten, beilegt die Zweideutigkeit nicht. (Weisfall links.) Ohne jeden Grund befürchtet man, daß nach Millerands Ausschluß auch der Ausschluß anderer verlangt werden würde. Wir sagen nur, daß Millerand, falls er wieder der Partei beitreten wollte, in der Stellung eines Ausschloffenen eines beliebigen Bourgeois sich befinden würde. Ihr aber wollt denen Genugthuung verschaffen, die ganz besonders ministerialistisch sind — diese Elemente würden nach dem Kongress dann sagen können, die Partei habe sich nicht über die Frage ausgesprochen. (Weisfall links.) Die Vorgänge innerhalb der Kammerfraktion beweisen nichts für Millerand. Hat sich denn nicht die Fraktion sofort nach Millerands Willkürs Handlung? (Weisfall links.) Unsere Resolution besagt zugleich, daß man sich nicht außerhalb der Parteikontrolle stellen kann, ohne sich zugleich außerhalb der Partei zu stellen. (Weisfall links.) Spricht doch aus, was Ihr selber im geheimen denkt! Eine Verjüngung zwischen Briands und unserer Resolution ist unmöglich. (Lebhafter Beifall links.)

In der Nachmittags-Sitzung wurde zunächst das Ergebnis des Votums über die Resolution Delaporte verhandelt: Sie ist abgelehnt mit 910 gegen 286 Mandate. Hierauf erklärt Laurin namens der Linken, nicht weiter am Kongress sich beteiligen zu können. Die Linke verläßt den Kongress ohne Zwischenfall. Die Sitzung dauert fort.

## Die Ermordung des Rittmeisters v. Krojitz vor dem Kriegsgericht.

(Telegraphischer Bericht.)

(Zweiter Tag der Verhandlung.)

Gumminen, 30. Mai.

Nach Schluß der gestrigen Verhandlung fand gestern nochmals ein Lokaltersmin statt.

Nachdem der Vorsitzende die heutige Verhandlung gegen 10 Uhr eröffnet, wird als erster Zeuge der Dragoner Slobodk vernehmen. Dieser bekundet: Gegen 4 1/2 Uhr habe ich zwei Leute, die ich nicht erkannt habe, an den Gucklöchern der Reitbahn gesehen. Nachdem geschossen worden war, habe ich auch durch die Gucklöcher in die Reitbahn hineingesehen. Dann habe ich in den Stall hineingekommen: „Es ist ein Unglück passiert!“ — Zeuge Dragoner Barowsky: Ich habe um 4 1/2 Uhr an einem Guckloch der Reitbahn einen Unteroffizier mit schwarzem Schurrebart gesehen.

Nachdem der Kommandant des hiesigen Dragoner-Regiments Oberstleutnant von Winterfeld als Zeuge aufgerufen und bei dem ersten Teil seiner Vernehmung die Offenlichkeit ausgeschlossen.

Nach einer halben Stunde wird die Offenlichkeit wieder hergestellt. Zeuge Oberstleutnant v. Winterfeld sagt aus: Gegen 4 1/2 Uhr wurde mir die Ermordung des Rittmeisters v. Krojitz gemeldet. Ich begab mich eiligst nach der Reitbahn. Als ich dort ankam, war Rittmeister v. Krojitz bereits entseelt. Mir wurde dann die Nordwaffe, der Karabiner, mit 2 scharfen Patronen Nr. 9 übergeben. Unteroffizier Doming hatte den Karabiner gleich nach der That gefunden. Alle andern Karabiner waren rein. Ich stellte fest, daß der Mann, dem der Karabiner gehörte, während der That in der Reitbahn war. Er konnte also nicht der Thäter sein. Ich gab sofort Befehl, daß das ganze Regiment solle antreten. Die Dienstfreien sollten gefordert antreten, da diejenigen, die nachweisen konnten, daß sie Dienst hatten, nicht die Thäter sein konnten. Warten stellte sich zu den Dienstthuenden. — Präsident Kriegsgerichtsrat Schulz: Was geschah mit Slobodk? — Zeuge Oberstleutnant von Winterfeld: Diesen ließ ich sofort festnehmen. — Präsi.: Wohin stellte er sich? — Zeuge: Zu den Dienstfreien. — Präsi.: Komte der Thäter eine fremde Person gewesen sein? — Zeuge: Ich habe den Posten gefragt: ob fremde beziehungsweise Civilpersonen den Kaiserhof betreten hätten. Der Posten verneinte.

Präsident Kriegsgerichtsrat Schulz: War die Reitbahn durch den Schuß beschädigt? — Zeuge Oberstleutnant v. Winterfeld: Es war ein „Breitschläger“ durch die Bahn gegangen. Eine Kugel wurde in der Reitbahn gefunden. — Auf Antrag des Staatsanwalts Kriegsgerichtsrat Lüdike beschließt der Gerichtshof, den Wächermacher Bergfeld als Sachverständigen zu vernehmen. Wächermacher Bergfeld erklärt: Der Schuß war ein „scharfer Schuß“ und ist mit vorgelegtem Karabiner abgegeben worden. — Zeuge Militärgerichtsschreiber Hoffmann: Der Dragoner Slobodk hat erst bei seiner zweiten Vernehmung seine Wahrnehmung angegeben. Ob Slobodk wegen seines Alibi befragt wurde, weiß ich nicht mehr. Slobodk hat seine Wahrnehmungen seinem Fahnenjunker erzählt. — Verteidiger Rechtsanwalt Horn-Justerburg beantragt, über diesen Punkt den Kriegsgerichtsrat Mat Lüdike zu vernehmen. — Zeuge Fahnenjunker Krieg: Slobodk hat mir nichts mitgeteilt. Ich habe ihn gefragt: Er hat mir einmal so, das andre Mal wieder so gesagt. — Präsi.: Was verstehen Sie darunter? — Zeuge: Er sagte, er hätte zwei Leute dassehen sehen. — Präsi.: Das sind doch Wahrnehmungen. — Zeuge: Er ist nicht sicher gewesen. — Präsi.: Sind Sie hier auch nicht sicher? — Verteidiger Rechtsanwalt Horn: Hat Slobodk seine Erzählung widerrufen? — Zeuge: Nein. — Präsident: Was verstehen Sie denn darunter: „er hat einmal so, das andre Mal so gesagt“? — Der Zeuge schweigt. — Präsident: Treten Sie einmal heraus und überlegen Sie. — Nach kurzer Zeit tritt der Zeuge Fahnenjunker wieder ein und sagt: Ich habe wiederholt ausgesagt. Ich kann auch nicht sagen, daß Slobodk unsicher gewesen ist. — Der Gerichtshof beschließt hierauf: den Antrag des Verteidigers auf Vernehmung des Kriegsgerichtsrats Lüdike abzulehnen, da durch die Behandlung des Zeugen Krieg die Sache erledigt sei. — Zeuge Sergeant Krieg bekundet wiederholt auf Befragen: Slobodk habe, noch ehe er verhaftet worden sei, erzählt, er habe zwei Leute am Guckloch gesehen. — Zeuge Rittmeister v. Gustorff (Stallpöcker): Von meiner Schwadron sind am Nordtage drei Leute und ein Wächmeister dienstlich hier gewesen. Ich habe gehört, daß Warten verschiedene bürgerliche Berufe ergriffen hat. Zwei andre Zeugen bestätigen das. Dann wird die Offenlichkeit ausgeschlossen.

Unter Ausschluß der Offenlichkeit werden einige Offiziere und Unteroffiziere über das Verhalten v. Krojitzs zu seinen Untergebenen vernommen. Alsdann tritt eine kurze Pause ein. Heute nachmittags soll die Witwe des Ermordeten, Frau v. Krojitz vernommen werden.

Gegen 3/4 Uhr wird die öffentliche Verhandlung wieder eröffnet. Oberstabsarzt Dr. Goebel erklärt über den Sektionsbefund: Der Ermordete hatte eine runde Wunde an der Brust



und eine gleiche am Rücken. Woher die Kugel gekommen, das war nicht festzustellen. Augenscheinlich hat die Kugel die Brust durchbohrt und ist am Rücken herausgekommen. Die Kleider waren vollständig blutig. Der Schuss hatte die Lunge und das Herz getroffen und die große Lungen-Schlagader vollständig entzweiigt. Der Tod ist infolge des Schusses eingetreten. Die Todesursache war Herzlähmung. Deshalb ist der Tod so schnell in augenscheinlich eingetreten. Das Geschloß hatte die Brust vollständig durchbohrt. Der Schußkanal war nicht bedeutend. — Auf Befragen des Verteidigers Rechtsanwalt Burckard (Jüterbog) bemerkt Oberstaatsanwalt Dr. G o e b e l: Bei der Untersuchung des Kopfes wurde in der Schädelhöhle eine Flüssigkeit vorgefunden. Daraus lassen sich aber keine Schlüsse auf den Geisteszustand ziehen, da das auch bei normalen Menschen vorkommt.

Zeuge Sergeant Sudikat: Ich bin mit Marten am Nachmittage des 21. Januar zusammen auf der Postkammer gewesen. Ich habe nichts Auffälliges an ihm wahrgenommen. Ich habe auch nicht wahrgenommen, daß er es besonders eilig hätte. Marten und Hidel verließen die Postkammer im langsamen Schritt. Es war zu der Zeit noch hell. — Der nächste Zeuge, Sergeant Redmer, der auch mit Marten auf der Postkammer gewesen ist, hat ebenfalls nichts Auffälliges an Marten wahrgenommen. Marten hat ihm auch nicht erzählt, daß er mit dem Rittmeister etwas vorgehabt habe. — Zeuge Unteroffizier Schenbach, der ebenfalls mit Marten auf der Postkammer war, wird vom Präsidenten gefragt, wodurch sich der Zeuge befindet alldann: Ich bin zwischen 4 1/2 und 5 Uhr von der Postkammer in die Kantine gegangen. Als ich aus der Kantine kam, ist es dunkel gewesen. — Der Zeuge ist bezüglich der Zeitangabe sehr unsicher. Auf Befragen bemerkt der Zeuge: Ich bin auch vom Kriminalkommissar von W a d m a n n vernommen worden. Hidel hat mir gesagt: Ich müßte doch wissen, daß wir um 4 Uhr 20 Minuten in der Kantine waren. Ich sagte: Das kann stimmen. — Alldann erscheint als Zeugin die 19jährige Geliebte Martens, Fräulein Marie Simonell. Sie sagt aus: Marten hat mit mir über alle, auch über dienstliche Dinge gesprochen. Er hat niemals weder tadelnd noch lobend über den Rittmeister gesprochen. Ich bin am Sonntag vor dem Morde mit Marten ausgegangen. Ich habe nichts Auffälliges an ihm wahrgenommen. — Alldann wird die vergrämte aussehende Mutter des Angeklagten Marten als Zeugin in den Saal gerufen. Sie erklärt auf Befragen, daß sie Zeugnis ablegen wolle und bekundet: Am 21. Januar kam mein Sohn — der Angeklagte Marten — nach 4 Uhr zu mir. Ich glaube, daß er noch vor 4 1/2 Uhr fortgegangen ist. Mein Sohn ist dann noch einmal wiedergekommen. Ich habe ihn nicht gesehen, habe ihn aber am Tritt erkannt. Es ist möglich, daß er es gewesen und wiedergekommen ist.

Auf weiteres Befragen bemerkt die Zeugin: Sie könne sich der Einzelheiten nicht genau erinnern, da sie viel an Migräne leide. Auf Befragen erklärt die Zeugin, daß sie schwören wolle. Nach kurzer Beratung beschließt der Gerichtshof, die Zeugin zu vereidigen. Es wird alldann vom Gerichtshof beschlossen: die Entfernung von der Postkammer zur Kantine und zur Wohnung des Rittmeisters Marten abzumessen. Der Vorsitzende Major v. d. Groeben verhandelt: Militärische Gebäude dürfen aus dienstlichen Gründen vom Publikum nicht betreten werden. — Nach Wiedereröffnung der Sitzung werden noch mehrere Zeugen vernommen, deren Aussagen belanglos sind. Gegen 7 1/2 Uhr wird die Verhandlung auf Freitagvormittag 10 1/2 Uhr vertagt.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

**Zur Lokalliste.** Den Mitgliedern der Lokalkommissionen Berlin und der Umgegend zur Nachricht, daß am Sonntag, den 16. Juni die nächste Lokalliste erscheint. Einwendungen über Neuaufnahme resp. Streichung von Lokalen sind bis spätestens Montag, den 10. Juni, an folgende Genossen zu senden: Für R i e d e r - B a r n i m an Paul Kette, Friedrichstraße, Lichtendörfer Bringen-Allee 20a; für T e l l o w - W e e s t o w an Quitt, Nitzdorf, Sobredr. 82, IV; für P o t s d a m - O s t h a v e l l a n d an Albert Reue, Spandau, Jagowstr. 9; diverse Orte an Gustav Stein, Briesen a. O.; für Berlin an den Obmann Genossen Karl Scholz, Brangelstraße 110. Spätere Einwendungen können nicht berücksichtigt werden. Ferner mache ich darauf aufmerksam, daß von der nächsten Liste ab die Veröffentlichung der vielen Hinweise und späteren Einwendungen von Lokalen im „Vorwärts“ nicht mehr stattfindet. Die Lokalkommissionen-Mitglieder wollen hiervon Notiz nehmen und das weitere veranlassen. Im Auftrage der Lokalkommission: Karl Scholz, Brangelstr. 110, part.

**Ober-Schnelweide.** Sonnabendabend 8 1/2 Uhr, bei John, Wilhelmshofstr. 18: Außerordentliche Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins. Vortrag des Genossen Dr. Wolheim über: „Luft und Leben“.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

#### Zum Streik der Barbier.

Die am Mittwochabend folgende außerordentliche Versammlung der organisierten Barbiergehilfen beschloß nach Anhören eines Referats des Vorsitzenden der Lohnkommission einstimmig, daß alle organisierten Kollegen bis morgen abend 6 Uhr die Arbeit niederzulegen haben. Diese Maßnahme geschieht auch dort, wo die Gehilfen bewilligt erhalten haben. Man glaubt durch dieses Vorgehen viel eher Konzessionen zu erlangen.

Eine andre Resolution verlangt für Donnerstag die Einberufung einer öffentlichen Gehilfenversammlung, in der für alle Gehilfen der Generalkonferenz für Berlin empfohlen werden soll. Die Lohnkommission wurde beauftragt, diesen Standpunkt zu vertreten. Sodann soll der ganze Barbiergehilfenstreik der Gewerkschaftskommission unterbreitet werden. Den Streik bis auf die Worte auszudehnen, soll vorläufig unterlassen werden. Die in den Streik getretenen organisierten Gehilfen werden sämtlich der Arbeiterschaft weiter zur Verfügung stehen und wird am nächsten Sonnabend die Einrichtung eine sehr geregelte sein.

Die Gehilfen haben in weißen Blusen in ihren Lokalen zu erscheinen. Von heute wird die neue Kontrollkarte ausgegeben, sie ist grün; andre nicht wöchentlich abgestempelt und die alten roten Karten haben keine Gültigkeit.

Der Vorsitzende der Lohnkommission verlas Briefe von den Kollegen aus England und Holland sowie der 1. Bezirksversammlung zu Harburg, die samt und sonders für die von den Berlinern eingeschlagenen Streiktaktik begeistert sind. Als ein neues Kampfmittel wird unsere Taktik bezeichnet, die endlich der Organisation der Barbier neue Leben verschaffen kann. Des weiteren sagten die Kollegen ihre sofortige und schnelle finanzielle Hilfe zu.

Eine von einigen Meistern einberufene Bezirksversammlung war von einem Vertreter der Lohnkommission besetzt. Dieser berichtete, daß in der Versammlung ungefähr 60 selbständige Barbierherren anwesend waren. Ein Herr Diefel habe das einleitende Referat gehalten und eine Resolution empfohlen, die besagt, daß die Forderung der Gehilfen angemessen sei, aber bis spätestens 1. Juli eine Preiserhöhung geplant werden müsse. Der Vertreter der Lohnkommission habe seinen Standpunkt dahingehend präzisiert, es solle die Meisterschaft nur ihre Preiserhöhung selbst regeln, so wie die Gehilfen ihre Forderung selbst zu erringen habe.

Kochmals machen wir darauf aufmerksam: Die Gehilfen arbeiten von jetzt ab an Wochentagen von morgens 8 Uhr bis abends 8 Uhr, an Sonntagen von morgens 7 Uhr bis mittags 1 Uhr, Sonnabends bis abends 10 Uhr. Weisungen über nicht pünktliches Erscheinen der Gehilfen müssen unverzüglich an die Lohnkommission, Rosenhalestr. 57 bei Bauer, gerichtet werden.

Kochstehend geben wir die Lokale bekannt, in welchen unsere streikenden Kollegen tätig sind:

**Centrum.** Bauer, Rosenhalestr. 57. **Preuß.** Reue Friedrichstraße 20. **Renfer,** Auguststr. 51. **Norden:** Abendroth, Badstr. 42/48. **Abendroth,** Adersstr. 104. **Anders,** Sellenstr. 14. **Bärch,** Drontheimerstr. 1a. **Bergmann,** Pafewallerstr. 8. **Bohn,** Müllerstr. 82a. **Diele,** Adersstr. 123. **Filster,** Gerichtstr. 62. **Frank,** Plantagenstr. 5. **Herrmann,** Putzbrunnenstr. 45. **Hoppe,** Adersstr. 21. **Anappe,** Gartenstr. 165. **Leigle,** Brunnensstr. 85. **Lörich,** Pantstr. 82d. **Mothes,** Guffenstr. 40. **Romlow,** Schönhauser Allee 135. **Nichter,** Stettinerstr. 17. **Koß,** Ruppinerstr. 42. **Schmidt,** Doppel-Allee 114. **Seidel,** Reue Hofstr. 38. **Krause,** Müllerstr. 7. **Tauschel,** Wiesenstr. 29. **Leigner,** Schulstr. 20. **Schulz,** Flugstr. 6. **Schmidt,** Treckowstr. 22.

**Nord-Ost.** Lorenz, Hölzstr. 4. **Dalehoff,** Landsbergerstr. 8. **Rieb,** Dazigerstr. 93. **Kersten,** Elbingerstr. 15. **Frank,** Wallfadenstraße 9. **Osten.** Baumgarten, Königsbergerstr. 7. **Beck,** Kruchstr. 20. **Matthes,** Köpenstr. 41. **Veitge,** Müldersdorferstr. 60. **Fiedler,** Barischauerstr. 78. **Georgi,** Frankfurter Allee 70. **Gorn,** Marusstraße 23. **Hölble,** Grüner Weg 33. **Rühn,** Rosenerstr. 10. **Kramer,** Petersburgerstr. 40. **Merkowski,** Wallnertheaterstr. 20. **Wesche,** Petersburgerstr. 81. **Wuppe,** Marusstr. 8. **Risch,** Köpenstr. 18. **Roit,** Straßmannstr. 23. **Schröder,** Kruchstr. 33/34. **Schulze,** Große Frankfurterstr. 5. **Schumann,** Tilitzerstr. 85. **Wille,** Andreasstraße 84. **Wittke,** Brandenburgerstr. 13. **Jabel,** Frankfurter Allee 90.

**Süd-Ost.** Bieberstein, Adalbertstr. 61. **Bögen,** Raunhstr. 30. **Golz,** Grünauerstr. 3. **Grumborn,** Raunhstr. 78. **Hirseland,** Reichenbergerstr. 74a. **Nichter,** Mariannenstr. 41. **Krüger,** Raunhstraße 54. **Rost,** Brangelstr. 68. **Salomon,** Raunhstr. 65. **Schulze,** Grünauerstr. 16. **Schulze,** Waldemarstr. 2. **Seidler,** Ruslauerstr. 14. **Zeichert,** Elisabeth-Str. 28. **Wolff,** Wienerstr. 43. **Schänter,** Admiralstr. 21. **Schönemann,** Elalikerstr. 7. **Schulz,** Mantuffelstraße 77. **Erbe,** Cuvystr. 25.

**Süden.** Baibe, Ritterstr. 82. **Bohn,** Annenstr. 87. **Erwald,** Schönleinstr. 6. **Götte,** Brandenburgerstr. 18. **Kaay,** Dieffenbacherstr. 31. **Lenz,** Alte Jakobstr. 69. **Plög,** Gräferstr. 34. **Stramm,** Ritterstraße 123.

Die Lohnkommission. J. A.: P. Liere.

**Die Freie Vereinigung der selbständigen Barbier** hat nunmehr das Einigungsamt auf Grund eines Vorstandsbeschlusses angerufen. Den Gehilfenbetretern ist hiervon Mitteilung gemacht worden. Die Gehilfen werden jedoch nicht eher vor dem Einigungsamt erscheinen, als bis sämtliche Meisterkorporationen, also auch die beiden Zunungen, sich zu Verhandlungen bereit erklären.

### Deutsches Reich.

**„Lung, Vergolder!“** Nach 12wöchentlicher Dauer mußte der Streik in Grabow (Prenzlau) aufgehoben werden, da sich aus den eignen Reihen der Streikenden so viel Streikbrecher fanden, daß die Situation immer aussichtsloser wurde. Jedoch haben die Streikenden in einer Versammlung einstimmig beschlossen, unter keinen Umständen die Arbeit bedingungslos aufzunehmen. Infolge dessen ist über die Fabrik des Herrn Heinzius die Sperre verhängt worden. Die Streikenden haben beschlossen abzutreten. Zugung ist streng fern zu halten. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Der Vorstand des Verbands der Vergolder.

**Der Bauarbeiter-Streik in Halle.** Nachdem die Zimmerer ihren Streik aufgehoben haben, sind die Hilfsarbeiter dem Beispiel gefolgt. Der letzte Streik war ausschließlich ein Sympathiestreik, der aber seine Wirkung verfehlt, weil in diesem Fach sehr leicht Ersatzkräfte angeworben werden können. Das ist den Unternehmern gelungen und schon damit die Fortsetzung des Kampfes zwecklos. Dagegen führen die Maurer den Ausstand mit bewundernswürdiger Ausdauer fort. Die Unternehmer entfalten eine fieberhafte Tätigkeit, um Arbeitskräfte heranzuziehen, und die Polizei sperrt die Arbeitswilligen mit Aufwendung ihres ganzen Einflusses gegen jede Verührung mit den Streikenden ab. Dennoch gelingt es den Streikenden wiederholt ganze Transporte, die von Agenten angeworben und bis zur Arbeitsstätte geführt und abgeliefert werden, absperrig zu machen. Vielfach sind Italiener und Spanier beschäftigt, die in ganz erbärmlichen Kammern untergebracht und von den Unternehmern belästigt werden. Die Maurer werden diesen Kampf am besten unterstützen, wenn sie streng den Zugung fernhalten und liberal Aufklärung über die Sachlage verbreiten.

**Zum Streik der Cunevalder Weber** schreibt der „Textilarbeiter“:

Die Situation ist unverändert. Von Seiten der Streikleitung sind Einigungsversuche als nutzlos ausgefallen worden. Die Fabrikanten sind einmal derart naiv, daß sie in jedem Friedensvorschlag eine Schwäche der Streikenden wittern und daraus sofort die Hoffnung schöpfen, daß die Weber in den allernächsten Tagen wiederkommen. Sie müssen jetzt durch die Thatfachen bezwungen werden. Wie mag es ihnen zu Mute sein? Im Himmelstages brach das Amtsblatt die Quittung des Streiklohnsummes mit 9720 M. und die übernächste Nummer enthält bereits wieder den Quittungsabschluss mit 11 200 M. Am Sonnabend nach Ostern schwenkte Herr Klotz die Mütze, als die Streikenden ohne Geld — das aus äußeren Ursachen nicht rechtzeitig eingetroffen war — nach Hause gehen mußten. Ob er jetzt beim Anblick der Quittung wohl auch die Mütze schwenkt? Ferner „Gottlieb“ wird die Geschichte langsam brenzlich. Im Oberdorf modert die Ware in den Stühlen, niemand will ihm die Ketten abheben.

Die Reisenden aller Fabrikanten sind alle vollständig im Dorfe versammelt. Sie gehen nicht wieder hinaus, bevor nicht die Sache beigelegt ist. Wenn sie jetzt zu den Kunden kommen, zeigen die ihnen die Zeitungsauschnitte und weisen ihnen die Thür.

Die Auswanderung, die in den letzten zwei Wochen wegen der Feiertage ein wenig ins Stoden geriet, wird sofort nach denselben im verstärkten Umfange Platz greifen.

Zu bebauern sind die Geschäftsleute. Das ganze Dorf ist wie angefordert, es wird einem richtig unheimlich“, sagte uns am Sonntag ein angesehenes Einwohner. Sonst war die Dorfstraße sehr belebt, jetzt laßt auf allen Gemütern im ganzen Dorf die schwarze Wetterwolke des sozialen Kriegs.

### Ausland.

**Die Russen Kopenhagens** sind am Sonntag in den Ausstand getreten. Sie verlangen einen Lohn von 24 Kronen wöchentlich in den Monaten März bis Oktober und von 22 Kronen in den Monaten November bis Februar; der bisherige Lohn betrug 19 resp. 18 Kronen. Die Russen haben 1898, Ende April, mit den Führern eine Tarifgemeinschaft geschlossen für die Dauer von drei Jahren, auf den 1. Januar kündbar. Die Führern haben nun eine Kündigung auf den 1. Januar, als auch eine solche auf den 26. April dieses Jahres zugesagt, weigern sich in eine Verhandlung über Lohnhöhung einzutreten und behaupten, daß der Tarif erst auf den 1. Januar 1902 kündbar sei, was einer Dauer von 3 1/2 Jahren gleichkäme. Die Zahl der Ausständigen beträgt ca. 700. Die Führern haben sich genötigt, selbst auf den Post zu steigen, um den Pfingstverkehr notdürftig aufrecht zu erhalten. Da durch den Streik auch die Zufuhr von Baumaterial abgeschnitten wird, ist besonders auch im Interesse der Bauarbeiter ein schneller Verlauf des Streiks zu wünschen.

### Sociales.

**Die Einführung von Lohnbüchern für minderjährige Fabrikarbeiter,** die durch eine der letzten Novellen zur Gewerbeordnung eingeführt worden ist, scheint niemand zu befriedigen. Von verschiedenen Seiten ist bereits eine Verringerung oder doch Änderung dieser Bestimmung angeregt worden. Wie ein hiesiges Blatt mitteilen kann, hat sich neuerdings der Reichsanzeiger auf eine Anfrage der hiesigen Regierung hin bereit erklärt, in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob sich eine Ergänzung der Strafverordnungen der Gewerbeordnung hinsichtlich der Lohnzahlungsbücher oder eine Verringerung der Bücher empfehle.

## Aus der Frauenbewegung.

### Frauenprotest gegen China-Gruel.

Der „Verband fortschrittlicher Frauenvereine“, unterzeichnet Anita Augspurg, Anna Cauer und Eida Hegmann, hat an den preussischen Kriegsminister ein Schreiben gerichtet, worin sie dessen „Aufmerksamkeit“ auf die von der Presse aller Nationen übereinstimmend berichtete Mißhandlung und Schändung chinesischer Frauen lenken. Unter dem Ausdruck tiefer Empörung über diese Vorgänge richten sie an den Kriegsminister die Frage, was seitens der deutschen Armeeverwaltung geschehen sei um festzustellen, ob deutsche Soldaten und eventuell welche an solchen Missethaten beteiligt gewesen sind. Die Eingabe erklärt es für „dringend nötig“, daß unsere Militärjustiz sich mit den angeführten Verbrechen beschäftigt, um auf Grund genauer Nachforschung entweder das tief erschütterte Vertrauen weiter Bevölkerungskreise zu der Haltung unserer Truppen wiederherstellen zu können, oder die etwa begangenen Verbrechen durch strengste Ahndung zu sühnen.

Die Eingabe macht dem guten Herzen der genannten Damen alle Ehre und wir wissen und in der Empörung über solche Gruel eins mit ihnen, aber auf die Entschärfung des preussischen Kriegsministers wird sie ebenso einflußlos bleiben, wie auf die Kolonialpolitik der modernen „Kultur“-Staaten überhaupt, von der der Chinakrieg mit allen seinen Grueln nur eine Begleiterscheinung ist. Diesen Dingen kommt man wahrlich nicht bei durch Eingaben an den preussischen Kriegsminister.

## Die China-Order Wilhelms II.

Der „Reichs-Anzeiger“ publiziert in seiner heutigen Nummer die China-Order Wilhelms II.:

Auf den mir gehaltenen Vortrag bestimme ich:

1. Das Armee-Oberkommando in Ostasien wird nach der Heimat zurückgeführt und aufgelöst.

2. Das Ostasiatische Expeditionscorps wird auf die Stärke einer gemischten Brigade vermindert; die übrigen Teile sind nach der Heimat zurückzuführen und aufzulösen.

3. Die vorstehend genannte gemischte Brigade (Ostasiatische Besatzungsbrigade) verbleibt bis auf weiteres zu Besatzungszwecken in China.

4. Ich habe das preussische Kriegsministerium mit den erforderlichen weiteren Maßnahmen beauftragt.

Urwille, den 17. Mai 1901.

Wilhelm I. R.

Graf v. Bismarck.

An den Reichskanzler.

### Die Kriegenschädigung — zugesichert.

Nach einer Meldung des kaiserlichen Gesandten in Peking hat ihm der Kaiser von China vom 27. d. M. übermitteln, durch welches die Zahlung von 450 Millionen Taels nebst Zinsen an die Mächte feierlich zugesagt wird. Die Entschädigungsansprüche der verschiedenen Mächte betragen: Oesterreich 13 Millionen Kronen, Rußland 17 1/2 Millionen Rubel, Japan 45 Millionen Yen, Frankreich 280 Millionen Franc, Belgien 80 Millionen Franc, Deutschland 240 Millionen Mark, England 24 Millionen Pfund Sterling, die Vereinigten Staaten 25 Millionen Dollars, Italien 6 Millionen, Holland und Spanien je eine Million Taels.

Man sieht, daß Deutschland selbst im Falle der glatten Zahlung nicht auf die Kosten kommen wird. Vorläufig ist die Zahlung allerdings erst feierlich zugesagt.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Unser ostasiatische Kolonialarmee.

**Köln, 30. Mai. (B. S.)** Nach einer Meldung der „Kölnischen Zeitung“ wird die dauernde Besatzung der ostasiatischen Station aus 4 großen Kreuzern, 2 kleinen Kreuzern, 4 Kanonenbooten, 3 Torpedoboote, einigen Flusskanonenbooten sowie Begleitdampfern bestehen. Die abgehenden Linienfahrer und Kreuzer haben eine Gesamtbefolgung von 3000 Mann. In China bleiben 3200 Mann. Die Land- und Marinegruppen zählen insgesamt 8000 Mann, so daß 1/2 des bisherigen Bestandes verbleibt.

### Neue Kohlenstation.

**Frankfurt a. M., 30. Mai. (B. S.)** Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus New York: Nach einer Meldung des „New York Herald“ wünscht Deutschland eine Kohlenstation im Hafen von Zumanbrigo auf der zu Venezuela gehörenden Insel Margarita zu erwerben. Die „Bineta“ hat dort vor zwei Monaten Messungen vorgenommen.

**Dortmund, 30. Mai. (B. S.)** In einer Grube der Grube „Geinrich Gustav“ bei Werne sind zwei Bergleute erstickt.

**Frankfurt a. M., 30. Mai. (B. S.)** Der „Frankf. Ztg.“ wird aus London telegraphiert, daß der „Liverpool Post“ zufolge Lord Kitchener wiederum bringend eine beträchtliche Vermehrung der besetzten Truppen fordert.

**Frankfurt a. M., 30. Mai. (B. S.)** Nach einer Meldung der „Frankfurter Zeitung“ aus Speyer kam es auf dem Delegiertentage der evangelischen Arbeitervereine zum Bruch. Die Vertreter von 30 000 Mitgliedern reisten vorzeitig ab. Dem Verbandsbestande blieben noch 40 000 Mitglieder.

**Boppard, 30. Mai. (B. S.)** Ein schweres Gewitter, welches Stadt und Umgebung heimsuchte, überraschte die Pensionärinnen des hiesigen Ursulinerinnen-Klosters auf einem Ausflug. Vier der jungen Mädchen wurden durch einen Blitzschlag schwer verletzt.

**Wien, 30. Mai. (B. S.)** Der vom Budgetausschuß der österreichischen Delegation debattiertes genehmigte Bericht des Referenten Marquis Vacquien über den Etat des Ministeriums des Auswärtigen stellt fest, daß der Dreibund nach wie vor die unverrückbare Grundlage der auswärtigen Politik Oesterreich-Ungarn bildet und diese über alle Ansetzungen erhabene Bundesverhältnis seine werthvolle Ergänzung in der Pflege vertrauensvoller Beziehungen zu den übrigen Mächten findet. Der Bericht drückt speziell die Befriedigung darüber aus, daß ein Verhältnis zu Italien keine Veränderung eingetreten ist. Des weitern sagt der Bericht: Allgemein herrscht im Auslande die Ansicht vor, daß die Herzlichkeit der Beziehungen zu den Verbündeten nicht minder als die allgemeinen Interessen die Vermeidung von Kämpfen auf wirtschaftlichem Gebiete erheischen. Die in dieser Hinsicht durch einzelne Erscheinungen getriebenen Besorgnisse sind in der jüngsten Zeit einer ruhigeren und hoffnungsvolleren Auffassung gewichen, wodurch die Hoffnung an Festigkeit gewinnt, daß der Abschluß der Handelsverträge auf einer für alle Teile annehmbaren Grundlage möglich sein werde.

**Paris, 30. Mai. (B. S.)** Die Deputiertenkammer vertagte im Einvernehmen mit dem Minister des Aeußeren Delcassé und dem Antragsteller d'Estournelles die Debatte über die Anfrage d'Estournelles betr. die Zurückziehung eines Teils der französischen Expeditionstruppen aus China auf nächsten Montag. Hierauf setzte die Kammer die Beratung des Beschlusses betreffend Ausdehnung der Unfallversicherung fort. Der mit der Vorbereitung des Vereinsgesetzes betraute Ausschuss des Senats beschloß, alle Zusatzanträge, welche die Erhebung dieser Vorlage verzögern könnten, abzuschneiden.

**Wien, 30. Mai. (B. S.)** In den Kapitalkreisen der Gesellschaft von Bibi Eibat brach Feuer aus, welches 21 Vohrtrinne und ein Reservoir mit 30 000 Kub Rod Kaphta zerstörte. Der Verlust wird auf 150 000 Rubel geschätzt.

**Simbirsk (Rußland), 30. Mai. (B. S.)** In der Ortschaft Staraja Ergena sind durch Feuer 136 Häuser und Getreideschuppen zerstört worden. Zwei Frauen verbrannten, 10 Personen erlitten Brandwunden.



Dritte Generalversammlung des Centralverbandes der Bildhauer.

Dresden, 29. Mai 1901.

Die Beratung der Anträge zum Statut wird fortgesetzt. Abgelehnt wird ein Arelfelder Antrag: Ausgesteuerte Mitglieder sind während der Dauer einer Arbeitslosigkeit von der Zahlung des Beitrags befreit.

Die Berliner wünschen, das das Schiedsgericht, das über die Beratung ausgeschlossener Mitglieder entscheidet, mindestens aus drei, höchstens aus sieben Mitgliedern besteht. Der Antrag wird angenommen.

Eine lange Debatte verursacht ein Nürnbergischer Antrag, der sich gegen die großen Städte richtet. Bisher wählen im höchsten Fall 20 Mitglieder einen Bevollmächtigten zur Generalversammlung. Die Nürnberger verlangen, daß eine Verwaltungsstelle nicht mehr als 4 Bevollmächtigte entsenden dürfe.

Hamburg beantragt, daß die „Bildhauer-Zeitung“ den Mitgliedern durch die Post kostenfrei zugesendet werden möge. Der Antrag wird abgelehnt.

Regelung der Frage des Lokalzuschlages. Der § 24 lautet: Die örtlichen Verwaltungen sind berechtigt, einen Beitrag für ihre lokalen Angelegenheiten zu erheben. Jedoch darf dieser Lokalbeitrag 25 Pf. die Woche nicht übersteigen.

Die Kollegen in Parnen-Eibersfeld wünschen, daß die arbeitslosen und arbeitsunfähigen Mitglieder von der Zahlung des Lokalzuschlages befreit seien.

Der Centralvorstand beantragt, daß die Lokalzuschläge in örtlichen Generalversammlungen mit Zweidrittel-Mehrheit zu beschließen sind.

Nach längerer Debatte wird der Antrag Eibersfeld-Parnen abgelehnt, die beiden anderen Anträge angenommen.

Klagen über zu viel Gewerkschaftsstatistik. Bisher waren die Vorstände, Verwalter und Vertrauensmänner verpflichtet, vierteljährliche statistische Erhebungen vorzunehmen und dem Centralvorstand vierteljährliche Berichte darüber zu erstatten.

Von München wird die Beschränkung der Statistik auf zwei Erhebungen im Jahre, und zwar im Januar und Juli verlangt. Schlaucher-München sagt über die zu große Belastung der Kollegen durch die fortwährende laufende Statistik. Diese leide selbst darunter. Man möge lieber zwei jährliche als vier oberflächliche Statistiken aufnehmen.

Es beginnt die Generaldiskussion über die Erhöhung der Unterstellungen. Für diese Zwecke haben die Bevollmächtigten gestern den Wochenbeitrag um 10 Pf. (im ganzen um 15 Pf.) erhöht.

Fünfte Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbands.

Nürnberg, den 28. Mai.

Den Bericht des Ausschusses erstattet Koll. Dejung, Frankfurt a. M. 37 Beschwerden wurden dem Ausschuss unterbreitet. In einzelnen Fällen mußte dem Vorstand unrecht gegeben werden. Nicht in allen Fällen trug der Vorstand den Beschlüssen des Ausschusses Rechnung.

Den Bericht der Revisionskommission erstattet Koll. M. M. Nürnberg. Er erklärt, Aufgabe der Kommission war es, den Vertrag mit dem Drucker zu regeln. Das sei geschehen. Als Redaktionskommission zu wirken, habe sie keine Berechtigung gehabt und deshalb die betreffende Aufforderung des Ausschusses beantwortet, wie gegeben.

Die Diskussion über den Vorstands- und Ausschuchsbericht wird eröffnet.

Pawlowitsch-Verlin: Reichel habe zwar gesagt, was der Vorstand gethan, sei zum Nutzen des Verbandes geschehen. So sage aber jede Regierung. Wenn vom Vorstand in den betreffenden Circular gesagt werde, die Raiffeisen dürfe nur da gefeiert werden, wo es ohne Nachteil für die Organisation geschehen könne, so sei

damit die ganze Feier illusorisch gemacht. Eine solche Anweisung stehe auch mit den Beschlüssen der Kongresse in Widerspruch. Neben sucht das des nähern zu begründen und beantragt ferner, den Verband zu verpflichten, Ausgesperrte zu unterstützen, wenn in einem Betriebe, in dem zwei Drittel der Arbeiter organisiert sind, die Majorität sich für Arbeiterruhe ausspricht und infolge Durchführung dieses Beschlusses Maßnahmen erfolgen. Sollte dieser Antrag abgelehnt werden, so möge man den Ortsverwaltungen Verhaltensregeln erteilen, damit Konfikte, wie sie das Circular des Vorstands herausgeschworen hat, vermieden werden.

Ob es den Gepflogenheiten der Demokratie entspreche, daß zwei Verbandsbeamte im Namen von 20000 Wählern Mandate erteilen, und ob die Berliner Kollegen recht daran gethan hätten, diese beiden Beamten von ihren Stellen zu entheben, das zu beurteilen möge Kollege Reichel den Berliner Kollegen überlassen. Nachdem sich Redner noch über „autokratische Manieren“ des Vorstands beklagt hat, geht er auf seine persönliche Angelegenheit über. Er sei Anarchist, doch habe das mit seiner Zugehörigkeit zum Verband nichts zu thun. Als Gewerkschaftscollega habe er seine Pflicht stets erfüllt. Seine vor Jahren erfolgte Verurteilung zu sieben Tagen Gefängnis wegen Kuppel sei eine Formverurteilung gewesen, sonst wäre nicht eine so geringfügige Strafe bei einem angeblich so schweren Delikt ausgesprochen worden.

Nürnberg, 29. Mai.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet R. A. R. Verlin, ihm das Wort zur Rechtfertigung auf die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zu geben. Der Antrag wird abgelehnt und auf Antrag Dejung beschloffen, erst die beiden Briefe des Koll. R. A. R. an den Vorstand in der Angelegenheit Pawlowitsch zur Verlesung zu bringen. Im ersten Brief wird dem Vorstand mitgeteilt, daß P. als Anarchist bekannt, wegen Körperverletzung und Kuppel verurteilt sei. Von der Anklage des Diebstahls sei er freigesprochen worden. P. sei auch der Redner der anarchistischen Zeitschrift „Neues Leben“.

Im dem zweiten Briefe wird dem Vorstand geschrieben, daß P. zugegeben habe, wegen Kuppel bestraft worden zu sein, sich aber weigere, auf Anmahne der Wahl zu verzichten. Es sei auch nicht ausgeschlossen, daß in der zweiten Versammlung, zu der Genosse Segelb sein Erscheinen zugesagt habe, der Anarchist Wiesenthal als erster Vorsitzender gewählt werde. (Zuruf: Lump!)

Am erhält R. A. R. das Wort. Er giebt zunächst einige Ergänzungen zu den vorherigen Briefen. Während der zehn Jahre, in denen er in der Berliner Metallarbeiter-Bewegung mit an leitender Stelle stehe, sei P. wenig als Gewerkschaftler hervorgetreten. So hätten ihn die Kollegen, die nicht immer an den Mitgliederveranstaltungen teilnehmen, nicht gekannt und auch nicht wissen können, wenn sie ihre Stimme geben. P. habe in der betreffenden Versammlung insbesondere den Kollegen Schlegel heruntergerissen, an dessen Stelle er als einziger Kandidat dann auch gewählt worden sei.

Pawlowitsch ersucht, ihm sofort fünf Minuten Redezeit zur Klärung etlicher Angaben R. A. R. zu gewähren. Der Antrag wird abgelehnt. R. A. R., dessen Verbleiben im Präsidium von etlichen Rednern zur Geschäftsordnung kritisiert wurde, legt den Vorsitz nieder. An seine Stelle wird V. v. d. Magdeburg gewählt.

Die Angelegenheit wird schließlich der Beschwerdekommision überwiesen, von der sie bis jetzt noch nicht erledigt ist.

Wiesenthal-Verlin kritisiert die angeblich eigenmächtige Anstellung der Hilfsarbeiter seitens des Vorstands. Der von der Berliner Jahrsliste unter Fortzahlung seines Gehalts entlassene Kollege Stalitz sei vom Vorstand angestellt worden. Der Vorstand habe gewissermaßen das Beispiel der preussischen Regierung befolgt und Stalitz nach oben gemahregelt. Auch habe S. mit Einwilligung des Vorstands für zwei Monate doppelten Gehalt, vom Vorstand und von der Jahrsliste Verlin, bezogen. Das sei nicht einmal in bürgerlichen Geschäften ius. Zwar habe der Vorstand gesagt, wenn S. nur einmal Gehalt bezöge, werde er eine Gegenrechnung für doppelten Haushalt, Umzugskosten etc. stellen. Werthwändig sei aber doch, daß gerade der von den Berliner Kollegen seines Amtes entsetzte S. vom Vorstand nach Stuttgart berufen und ihm diese Vergünstigung gewährt worden sei.

Ein Antrag, von einer Kommission Vorschläge betreffend Raiffeisen auszuarbeiten zu lassen, wird angenommen, die Kommission gewählt.

Die fünfte Generalversammlung des Centralverbandes der Löhner und Berufsgenossen Deutschlands.

Magdeburg, den 29. Mai 1901.

Die weitere Debatte über die Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks in der Nachmittags-Sitzung vom Mittwoch ergab, daß man es allgemein für notwendig hielt, dem Centralvorstande bestimmte Abgrenzungen, erweiterte Befugnisse bei der Leitung und Beaufsichtigung von Lohnbewegungen zu gewähren. Eine Ausnahme bilden nur die Leipziger, die einen Antrag gestellt haben, nach dem es in das Belieben der Streikenden gestellt werden soll, ob sie bei Streiks den Centralvorstand zu Rate ziehen wollen oder nicht.

Punkt 3 der Tagesordnung lautete: „Wißhände in unserm Gewerbe und wie sind dieselben zu beseitigen?“ Die hauptsächlichste Grundlage der Erörterung bildeten drei von den Berliner Kollegen beantragte Resolutionen, die Kollege Hermann John-Verlin begründete. In der ersten Resolution wird den Leitern der einzelnen Filialen zur Pflicht gemacht, allmonatlich einmal dem Centralvorstand über die Lage des Marktes, das Verhältnis von Angebot und Nachfrage, die Zahl der Arbeitslosen usw. in dem betreffenden Bezirk zu berichten. Der Centralvorstand soll dadurch einen Ueberblick über die Verhältnisse im ganzen Verbandsgebiet bekommen und in den Stand gesetzt werden, eventuell zu Gunsten der organisierten Arbeiter den Markt in gewissen Sinne zu regulieren.

Die zweite Resolution beschäftigt sich mit den durch das Accordsystem gezeigten Mängeln: die Galopparbeit, das „Wählen“, das die Gesundheit ruiniert, die Preise drückt und die Zahl der erforderlichen Arbeitskräfte einschränkt. Die Resolution geht davon aus, daß die Beseitigung der Accordarbeit vor der Hand unmöglich ist; es soll aber den schälimsten Mängeln dadurch abgeholfen werden, daß in den einzelnen Filialen für die organisierten Kollegen allgemein festgesetzt wird, wie hoch sich ihr Verdienst bei dem Accordsystem belaufen darf. In der dritten Resolution wird eine Erweiterung des Bauarbeiterzuschusses für notwendig erklärt, die bei dem Verlangen der Beschleunigungsmaschine hauptsächlich im Wege der Selbsthilfe zu erstreben sei.

Der Verbandstag der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine

Berlin, den 29. Mai.

Den größten Teil der Verhandlung am Mittwoch nahm der Verbandsgegenstand: Die Neutralisierung der Arbeiter-Verbandsvereine in Anbetracht, wobei es sich hauptsächlich um die Frage der Beseitigung des Reverses handelt. Das Referat hatte der Verbandsanwalt Dr. Max Hirsch. Redner wandte sich lebhaft gegen die beantragte Beseitigung des Reverses. Er machte den Zuhörern aus, wie die Socialdemokraten in Massen in die Gewerksvereine eintreten, um sich deren Millionenvermögen anzueignen. Die fetten Leute lohne, einige tausend Mark Beiträge zu riskieren. Das seien keine Geiseln, sondern die Möglichkeit sei vorhanden und man müsse damit rechnen.

Dr. Hirsch empfahl folgende Resolution: „Der 14. Verbandstag erklärt: Die Neutralität der Arbeiter-Verbandsvereine, d. h. ihre Trennung und Unabhängigkeit von parteipolitischen und kirchlichen Bestrebungen, bildet ein wesentliches Erfordernis, um ihre wahren, die wirtschaftlich-socialen Aufgaben unverfälscht und mit konzentrierter Kraft zu erfüllen. Dieser Grundsatz ist für die deutschen Gewerksvereine seit ihrer Entstehung unverbrüchlich maßgebend gewesen. Die Besetzung, daß sie von einer politischen Partei für ihre Zwecke gebrandet und in Abhängigkeit gehalten seien, ist eine hundertmal nachgewiesene Unwahrheit, die nur aus Unkenntnis oder Böswilligkeit heute wiederholt werden kann. Der als Beweis für die politische Parteinahme angeführte „Revers“ beweist vielmehr das Gegenteil. Er wurde seit 1876 eingeführt zur nochdringenden Abwehr gegen die von der Socialdemokratie geplante Sprengung oder Ausbeutung der Gewerksvereine zu Parteizwecken. Die statutarische Bestimmung, wonach Anhänger der Socialdemokratie nicht beitreten können, gilt nicht der politischen, sondern der sozialen, die kollektivwirtschaftl. erstrebenden Partei. Ein principielles wirtschaftlich-socials Programm aber steht nicht in Widerspruch mit dem Wesen der Arbeiter-Verbandsvereine, sondern bildet ihre wesentliche Grundlage, ihren wahren Charakter. Ein großer Teil der Gewerkschaften, sowohl socialdemokratischer als auch christlicher Richtung verlor dagegen grundständig wie thatsächlich partei- oder kirchenpolitische Zwecke. An sie, nicht an die längst neutralen Gewerksvereine, ist daher die Aufforderung zur Neutralisierung zu richten. Das allgemeine praktische Arbeiterinteresse, insbesondere die wirksame Vertretung gegenüber den Arbeitgeber gebietet keineswegs die Verschmelzung, sondern nur ein Bündnisverhältnis, beruhend auf gegenseitiger Anerkennung und Achtung. Die deutschen Gewerksvereine haben, wie von Anfang an, so besonders in der letzten Zeit ein solches Verhältnis thatsächlich erreicht und nach Kräften innegehalten; sie werden ebenso auch in Zukunft handeln.“

Der Gegenreferent Trabert-Leipzig empfahl die Beseitigung des Reverses. Er bedauere die Zerspaltung der Arbeiter und die gegenseitige Bekämpfung der Organisationen, die für die Unternehmung geradezu herzerquickend sei. Es müsse immer mehr die Erkenntnis platzgreifen, daß alle Arbeiter Brüder seien und unter dem nämlichen Joch ständen. Der Vorwurf, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine nicht neutral seien, werde infolge des Reverses mit einem gewissen Recht erhoben. Er bitte, diese alle Scharteile zu beseitigen, dieses Übergewicht von den Fäden zu entfernen. Der Redner bringt eine feine Ausführungen entsprechende Resolution ein.

Die Diskussion nahm den ganzen Nachmittags in Anspruch. Am Schluß der Sitzung waren noch 17 Redner vorgemerkt. Die Verhandlung gestaltete sich sehr lebhaft. Wir geben einiges davon wieder.

Reher-Düsseldorf: Früher sei der Revers zweckmäßig gewesen. In Düsseldorf arbeite man heute gemeinsam mit den Gewerkschaftsführern an der Verbesserung der Arbeitsverhältnisse. Mit dem Revers wolle man bei Beschwerden und Unternehmern dorthin, daß man harmlos sei.

Wintler-Verlin: Der Gewerksverein der Lederarbeiter habe den Revers gehabt. Als aber die Socialdemokratie durch das Ausnahmegesetz von Regierung und Behörden verfolgt und geküßelt worden sei, habe man den Revers aufgehoben, da man nicht noch den Beschlüssen durch den Revers einen Zutritt haben geben wollte.



die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse angehe, stimme man doch mit den Socialdemokraten überein. Bei dem großen Berliner Lederarbeiterstand sei ganz allein die socialdemokratische Presse für die Sache der Arbeiter eingetreten. — Träger: Berlin: Wir Kaufleute haben den Revers nicht mehr. Die in unserem Gewerksverein organisierten Socialdemokraten sind gute Mitarbeiter. Die Socialdemokraten haben keinen von den vier Gewerksvereinen, die den Revers nicht haben (Witthauer, Kaufleute, Lederarbeiter, Schneider) gesprengt. — Redacteur Schöler: Berlin als „Chrengrat“ wendet sich gegen die Vereinfachung des Reverses. Er ergeht sich in äußerst delamatorischer Rede gegen die Socialdemokratie; diese wolle den brutalsten Klassenhaß und den Gewinn des Unternehmers auf Null reduzieren. Es wurde von mehreren Delegierten Einspruch erhoben, daß ein Nichtmitglied in einer so wichtigen Frage rede. Die Mehrheit beschloß aber, die übliche Redezeit für den aus Berlin hergekommenen Gast zu verlängern. Verbandsredacteur Goldschmidt ist für Weibehaltung. Die Gewerksvereine wollten sich in bewusstem Gegensatz zur Socialdemokratie halten. — Fiegler: Düsseldorf: Aus den Gewerksvereinsblättern müsse die Keilspitze für eine gewisse Partei verschwinden, es müsse aufhören, daß man für die freisinnige Volkspartei Propaganda mache. Es habe in der That den Anschein, als seien die Gewerksvereine die Gründung der genannten Partei. Von oben werde der freisinnige Kalender „Der Wanderer“ empfohlen. Er, der Redner, sei früher von der freisinnigen Presse als „der beliebte Volksredner“ bezeichnet worden. Als er aber die freisinnigen bergischen Fabrikanten gekennzeichnen habe, da sei er angefeindet worden. — Der Vorsitzende kam in Betracht bezüglich der Empfehlung des Kalenders, daß die einzelnen Gewerksvereinsorgane nicht der Aufsicht des Verbands unterstehen. Wie uns telegraphisch berichtet wird, wurde in der Sitzung am Donnerstag die Weibehaltung des Reverses mit 27 gegen 20 Stimmen beschlossen.

## Der dritte Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Krefeld, den 29. Mai 1901.

Auf der Generalversammlung des Gesamtverbandes, für welche, wie schon bemerkt, die Öffentlichkeit ausgeschlossen war, hat man im Fall Wieber eine Einigung zu Stande gebracht. Folgende Resolution wurde angenommen:

Der Vorstand, Ausschuss und Ehrenrat des Christlichen Metallarbeiter-Verbands nimmt den in seiner Resolution, veröffentlicht am 1. Dezember 1900, enthaltenen Satz zurück:

Der Ausschuss des Gesamtverbandes hätte in seiner Kölner Erklärung partiidische Forderungen der christlichen Gewerkschaften unter Nichtanerkennung der christlichen Grundzüge beschlossen.

Die übrigen Differenzen sind durch gegenseitige Aussprache und Ehrenerklärung erledigt.

Gleich nach dieser Resolution gab Wieber folgende Erklärung ab: Die feitherrige principielle Stellung des christlichen Metallarbeiter-Verbands wird durch die Resolution und Annahme der Kölner Erklärung durch die Mehrheit des Kongresses nicht berührt.

Wieber bemerkte noch, daß er im Auftrage der sämtlichen Delegierten des Metallarbeiter-Verbands spreche. Es ist also nur eine Einigung nach außen hin.

Es wurde sodann beschlossen, den Beitrag von 5 Pf. pro Jahr und Mitglied auf 10 Pf. zu erhöhen, und zwar vom 1. Juli d. J. ab, damit das Defizit aus der Welt geschafft werde. Für die weiblichen Mitglieder beträgt der Beitrag nur 5 Pf. Dann soll weiter eine Auleitung zum Vereinsgesetz nach dem Muster der General-Kommission der freien Gewerkschaften herausgegeben werden.

Ueber die beiden Punkte: die Krankenversicherung und das Gewerbegerichts-Gesetz, hatten wir bereits telegraphisch berichtet. Wir wollen aber die Resolution zu den Krankenkassen im Wortlaut nachholen:

1. Der dritte Kongreß der christlichen Gewerkschaften zu Krefeld fordert die christlichen Arbeiterorganisationen auf, dem Ausbau der Krankenkassen, speziell den Leistungen derselben, so weit dies im Rahmen des Gesetzes möglich ist, ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Besonders ist für die Zahl tüchtiger Vertreter in den Vorständen Sorge zu tragen und eventuell in Verbindung mit anderen Korporationen vorzugehen. Die örtlichen Kartelle und Arbeiterschulungsverbände sollen bestrebt sein, nach Möglichkeit die gewählten Arbeitervertreter der Krankenkassen, Gewerbegerichte, Schiedsgerichte und so weiter in Arbeitervertreter-Vereine zu sammeln und für die Schulung und Aufklärung in der socialen Gesetzgebung Sorge zu tragen.

2. Bezüglich der in Aussicht genommenen Revision des Krankenversicherungsgesetzes erscheint es dringend geboten, daß die einzelnen Gewerkschaften oder die örtlichen Kartelle Material sammeln und die Wünsche der Arbeiter durch Eingaben an die Behörden in geeigneter Weise zum Ausdruck bringen. Als grundsätzliche Forderungen sind festzuhalten:

1. Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung der Krankenkassen und der Zusammenlegung der Vorstände zu  $\frac{2}{3}$  aus Arbeitern und  $\frac{1}{3}$  aus Arbeitgeberern.
2. Möglichste Centralisation der Krankenkassen und Durchführung einer einheitlichen Krankheitsstatistik.
3. Ausdehnung der Versicherungsspflicht auf alle der Invalidentversicherung unterstellten Personen.
4. Ausdehnung der gesetzlichen Unterstützungsdauer auf mindestens 26 Wochen unter Erhöhung des Krankengelds auf  $\frac{2}{3}$  des Lohns und Ausdehnung der Unterstützung für Wöchnerinnen auf mindestens 6 Wochen.

Ein Antrag, die Stellung zur Frauenarbeit betreffend, wurde dem nächsten Kongreß überwiesen. Die Verhandlungen hatten damit ihren Abschluß erreicht.

## Ein großer Betrugssprozeß.

bei dem es sich um eine Vermögensschädigung von etwa 100 000 M. handelt, beschuldigte gestern zum zweitenmal die vierte Strafkammer des Landgerichts I. Im Juni v. J. waren dieselben Angeklagten, der frühere Mühlenbesitzer Hermann K a l e w e n t und dessen Geschäftsführer Wilhelm K i e t e d t, ersterer zu vier Jahren Gefängnis und händigerem Ehrverlust, letzterer wegen Weibhülse zum Betrage in einem Falle zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden. In der Revisionschrift der Verteidiger war beantragt worden, daß man die Weibhülse, eine Frau Rittergutbesitzer Doa von T u c h o l s k a, als Zeugin vereidete hätte, obgleich sie wegen ihres stark hysterischen Zustandes entmündigt worden war. Das Reichsgericht hatte das erste Urteil deshalb aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung an die Vorinstanz zurückgewiesen. Der Angeklagte K a l e w e n t war früher Mühlenbesitzer und Getreidehändler in Hildesheim, erlitt geschäftlichen Schiffbruch und geriet in Konkurs. Die Schulden beliefen sich auf 200 000 M., die Gläubiger erhielten 18 Proz. Nachdem K a l e w e n t wegen einfachen Bankrotts eine Gefängnisstrafe von drei Monaten verbüßt hatte, verzog er im Jahre 1897 nach Berlin, wo er an der neuen Promenade unter der Firma „Landwirtschaftliches Verzeichnissbureau“ ein Vermittlungsgeschäft für den Kauf und Verkauf von Grundstücken und Gütern gründete. Schon kurze Zeit nach dem Bestehen seines Geschäfts führte ihm der Zufall eine

### Frau v. Tucholska

zu, die ein großes Vermögen besaßen haben soll. Sie war damals Besitzerin des Gutes Steinbach im Kreise K o t t b u r g in der Ober-Lausitz. Sie hatte das Gut weit über den Wert bezahlt und viel Geld für Verbesserungen aufgewendet. Im Oktober 1897 beauftragte sie den Agenten H a r n i s c h in K o t t b u r g mit dem Verkauf des Guts, dessen Wert sie auf 400 000 M. angab. Es wurde vereinbart, daß H a r n i s c h im Fall des Zustandekommens, sei es durch Verkauf oder durch Tausch, eine Provision von 2 Proz. der in Frage kommenden Summe erhalten sollte. H a r n i s c h konnte das Geschäft nicht allein zu Stande bringen, er wandte sich an K a l e w e n t, mit dem er abmachte, daß beide die von Frau v. T. zu zahlende Provision teilen wollten. Nun trat K a l e w e n t selbst mit der Frau v. T. in

Verbindung. Er soll über die geistig-leineswegs hochstehende Person in unmissverständlicher Weise geberricht und sie zu Wachs in seinen Händen gemacht haben. K a l e w e n t war bekannt mit einem gewissen Eugen P o c k, dem persönlich haftenden Gesellschafter der Firma K a u p s u n d C o. Diese Firma, die sich „Allgemeine Deutsche Kredit- und Versicherungs-Effektenbank“ nannte, war durchaus zahlungsunfähig, die Bank ist bald darauf in

### Konkurs geraten

und beide Direktoren sind flüchtig geworden. Die Bank besitzt in Berlin verschiedene Häuser, darunter auch das Haus Friedrichstraße 217 b. K a l e w e n t hatte nun, wie in der früheren Verhandlung festgestellt worden war, die Frau v. T u c h o l s k a durch falsche Vorspiegelungen in Betreff des Mietwerts des Hauses bewogen, dasselbe als ein geeignetes Tauschobjekt gegen ihr Gut anzusehen. Der Tausch kam zu Stande und K a l e w e n t verdiente bei diesem Geschäft gegen 25 000 Mark. Frau v. T u c h o l s k a hat gegen 17 000 Mark Provision zahlen müssen. Bald übertrug die behörte Frau dem Angeklagten ein zweites Geschäft. Der Kommerzienrat Köhler besah in Friedrichshagen eine Villa, welche Frau von T u c h o l s k a zu ersehen wünschte. K a l e w e n t erwarb dieselbe auch in seinem eignen Namen, erklärte ihr aber, daß er, weil sie zu lange gezögert habe, anstatt des zuerst festgesetzten Preises von 100 000 M., 120 000 M. habe zahlen müssen. Er stellte ihr vor, daß durch Parzellierung des Grundstücks gegen eine halbe Million Mark herauszuschlagen seien. Er offerierte ihr großmütig, daß sie ihm das Grundstück wieder abkaufen möge, er wolle mit einem kleinen Nutzen von 4000 M. zufrieden sein. Frau v. T u c h o l s k a ging darauf ein, sie erwarb das Grundstück für 124 000 M., das v. K a l e w e n t für 100 000 M. erworben hatte. Das Grundstück wurde später von Sachverständigen auf etwa 80 000 M. abgeschätzt, Frau v. T. büßte bei diesem Geschäft also wieder gegen 40 000 M. ein. Nachdem der Ankauf des Grundstücks erfolgt war, sollte die Parzellierung erfolgen. K a l e w e n t redete der Frau vor, daß ein enormer Gewinn dabei zu erzielen sei und sprach den Wunsch aus, sich mit einem

### Kapital von 50 000 M.

daran zu beteiligen. Dann soll der zweite Angeklagte im Auftrage des K a l e w e n t sich wieder an Frau v. T. herangemacht und ihr vorgestellt haben, wie thöricht sie gewesen sei, einen so großen Anteil des Gewinns an K a l e w e n t abzutreten. Sie mache doch ein glänzendes Geschäft, wenn sie Herrn K a l e w e n t bewegen könne, gegen eine Abstandssumme wieder aus dem Verträge auszutreten. Frau v. T. stellte dies Ansuchen an K a l e w e n t und dieser ließ sich nach anfänglichem Widerstreben auch herbei, eine Entschädigungssumme von 50 000 M. anzunehmen und dafür aus dem Parzellierungsverträge auszuscheiden. Durch alle diese Geschäfte geriet Frau v. T. schließlich in Vermögensverfall, während K a l e w e n t sich um etwa 100 000 M. bereichert hatte. Die wie eine Citrone ausgepreßte Frau hat schließlich den Konkurs anmelden müssen. Dies ist im wesentlichen der in der vorigen Verhandlung festgestellte Sachverhalt.

Die erneute Verhandlung, zu der vier Tage angefangen sind, findet im kleinen Schwurgerichtssaale unter dem Vorsitz des Landgerichts-Direktors Oppemann statt. Die Anklagebehörde vertritt Staatsanwalt Heßbig, die Verteidigung, die viele Entlastungszugungen geladen hat, liegt in den Händen der Rechtsanwälte Plathner und Dr. Davidsohn. Zunächst gelangt eine

### Nachtragsanfrage

gegen den Angeeschuldigten K a l e w e n t allein zur Erörterung. Als K a l e w e n t das Tauschgeschäft abgeschlossen hatte, erhielt er von dem früheren Besitzer des Hauses Friedrichstraße 217 b eine Provision von 10 000 M. bar und 5000 M. in Wechseln. Sodann ließ er sich auch noch 4200 M. Provision von Frau v. T u c h o l s k a zahlen. Anstatt, wie vereinbart worden war, diese letztere Summe mit H a r n i s c h zu teilen, leugnete er diesem gegenüber, die Provision von Frau v. T. erhalten zu haben und forderte ihn auf, seinerseits seine Ansprüche geltend zu machen. Als H a r n i s c h dies that, eilte Frau v. T. nach Berlin zu K a l e w e n t und fragte ihn, wie sie sich zu verhalten habe. Sie wußte von der zwischen K a l e w e n t und H a r n i s c h getroffenen Vereinbarung nichts. K a l e w e n t suchte die Äußerung und meinte, Frau v. T. müsse die Verpflichtung, die sie eingegangen sei, auch erfüllen. Frau v. T. verstand sich darauf dazu, gegen einen Wechsel von ihrem Guthaben bei der Vereinsbank in Hamburg den Betrag von 6200 M. abzugeben und diesen ihrem Vertrauensmann K a l e w e n t zu übergeben mit der Bestimmung, damit H a r n i s c h abzufinden. Nun wollte K a l e w e n t teilen. Er ließ H a r n i s c h kommen; stellte ihm aber vor, daß ihm, der das Geschäft zu Stande gebracht habe, der Löwenanteil gebühre, daß er auch seinem Geschäftsführer R i e t e d t, der ebenfalls bei der Sache thätig gewesen sei, einen Anteil abgeben und schließlich auch alle seine Anzeigen, wie Reisekosten, Portis usw., in Abzug bringen müsse. H a r n i s c h ließ sich schließlich mit einem Drittel der Provisionssumme begnügen, während K a l e w e n t wieder zwei Drittel einstrich.

Die Beweisaufnahme in betreff dieses neuen Falls fiel für den Angeklagten ungünstig aus. Die Glaubwürdigkeit der Zeugin v. T u c h o l s k a wurde von der Verteidigung auf Grund ihres krankhaften Zustandes in Zweifel gezogen, das Gutachten des Sachverständigen, Gerichtsphysikus Dr. Störmer, ging aber dahin, daß die Zeugin trotz ihres hysterischen Zustandes eidesfähig sei. Sodann wurde zur Erörterung der bereits früher verhandelten Betrugsfälle übergegangen.

Die Verhandlung wurde gegen 4 Uhr bis Freitagvormittag 9 Uhr vertagt.

## Tokales.

### Vom Zimmervermieten.

Eine Leserin schreibt uns: In Nr. 118 des „Vorwärts“ haben Sie einer Zuschrift Raum, worin ein junges, ehrbares Mädchen sich über die Verleumdungen beklagte, denen sie beim W o h n u n g s u c h e n ausgesetzt gewesen ist. Sie thaten recht daran, diese Qualen als Spieghelbilder zu bezeichnen. Auch möchte eine vernünftige Vereinstätigkeit am ehesten die anständigen Mädchen vor Unzuchtigkeiten schützen, denn warum sollten nicht die Vermieterinnen einer Organisation, die einigermaßen im Stande ist, sich für den Auf ihrer Mitglieder zu verbürgen, Vertrauen und Respekt entgegenbringen? Daß aber das Wohnungsuchen junger alleinstehender Damen keine zwei Seiten hat und auch vom Standpunkte der Vermieterin betrachtet sein will, mögen die Erfahrungen lehren, die mich in 29 jähriger Thätigkeit als Vermieterin in gewissem Sinne mißtrauisch und klug gemacht haben.

Mein eigenes Interesse gebot mir, meinen Mietern das Leben in meiner Wohnung so angenehm wie möglich zu machen, und Damen gegenüber that ich was in meinen Kräften stand, um ihnen nicht allein die gewöhnlichen Bequemlichkeiten, sondern auch Lektüre und Anschluß an meine Familie zu bieten. Auch darf ich ohne Näheres sagen, daß ich keine Ausbeuterin bin. Aber was ich erleben wußte, mögen Ihnen etliche Beispiele aus den letzten Jahren zeigen.

Den schlimmsten Streich spielte mir wohl eine Dame von Stande, Fräulein v. S c h. war aus alter schlesischer Adelsfamilie. Ich betriebe außer dem Vermieten noch Kosmetikschneiderei, und eines Tags machte ich mich mit meinen Arbeiterinnen auf die Kunstausstellung zu besuchen. Diese untreu Abwehrendheit bemerkt Fräulein v. S c h., um unsere ganze Arbeit, von der noch gar nicht angefangen bis zur fertigen aus dem Hause zu schleppen; im ganzen mochte die Geschichte einen Wert von 300 M. ausmachen. Nachdem wir mehrere Wochen uns und die Polizei vergebens bemüht hatten, traf unser Verhängnis die Diebin auf der Straße. Sie wurde verhaftet und mit sechs Wochen Gefängnis bestraft. Allerdings erhielten wir das gestohlene Gut jetzt zurück, aber in welchem Zustande. Mit den seidenen Unterrocken hatte das Fräulein v. S c h. im Polizeigewahrsam auf der Pritsche gelegen.

Ein andres Bild. Zwei Schneiderinnen aus dem bekannten G. . . . ihren Keller hatten gemeinsam ein Zimmer bei mir. Am Sonntagnachmittag kamen ihre Liebsten zum Kaffeetrinken. Da gegen hatte ich nichts einzuwenden; als ich aber erfuhr, daß der Nachmittag bis zum nächsten Morgen ausgezehrt worden war und nun energisch montierte, waren die Damen ganz empört. Sie wären

respektable, anständige Mädchen, denn sie hätten doch jede nur

„einen“.

Von Damen, auf die der Begriff der Respektabilität auch bei der größten Weiblichkeit nicht auszudehnen ist, will ich lieber nicht erst reden. Den letzten Fall, daß ich eine solche Mieterin mit ihrem Besuch in sehr bedenklicher Situation überraschte, erlebte ich am Ersten dieses Monats, gerade als ich mich anschickte, zur Kaiserin zu gehen.

Auch mit allerhand Reizungen der Mieterinnen, die nicht nach jedermanns Geschmack sind, wußte ich zu rechnen. Eine ältere Dame hatte die Angewohnheit, aus dem Fenster den Straßenpassanten auf den Kopf zu spucken, so daß ich die Polizei auf den Hals bekam. Andre wieder machten mit Kochgas und Leuchtgas merkwürdige Experimente, die nicht allein für mich sehr kostspielig waren, sondern in einem Falle auch fast ein Menschenleben vernichtet hätten. Die Erlaubnis, für eine Tasse Kaffee Wasser zu kochen, wurde ausgedehnt, um große Töpfe Wasser zur Generalwäsche heiß zu machen.

Es wäre ungerecht, wenn ich verschweigen wollte, daß ich in manchem Falle auch angenehme Enttäuschungen erlebte. So gedachte ich gern zweier Kellerinnen, die ich, was zu beargwöhnen ist, widerstrebend und unter der Voransetzung anwahn, daß sie nur einige Tage in meinem Hause blieben. Sie wohnten zwei Jahre bei mir und wahrten den Anstand in jeder Beziehung.

Aber im großen Ganzen hat der Versuch einer Vermieterin sehr seine Schattenseiten, und wer objektiv denkt, muß zugeben, daß das für anständige Damen gewiß in hohem Grade peinliche Spiegheltrauflausen aus den Verhältnissen der Großstadt leider nur zu erklärlich ist.

**Kommunalvertretung und Polizeigewalt.** Auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordneten-Versammlung ist folgender Antrag gesetzt worden. Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Magistrat, die ihm zur Genehmigung oder Aenderung zu gehenden Entwürfe von Polizeiverordnungen für Berlin vor erfolgter Genehmigung oder Aenderung der Stadtverordneten-Versammlung zur Kenntnisnahme vorzulegen.

**Der Mangel an kleinen Wohnungen hat auch bei der Berliner gemeinnützigen Baugesellschaft**, die jetzt über ein halbes Jahrhundert besteht und somit in Berlin das älteste gemeinnützige Unternehmen zur Schaffung billiger Wohnungen für kleine Leute ist, den Andrang der Wohnungsuchenden bedeutend gesteigert. Die Gesellschaft hat in der letzten Zeit auf ihrem an der Schönhauser Allee gelegenen, bereits mit einer beträchtlichen Zahl von Wohnhäusern bebauten Gelände wieder ein Wohnhaus mittlerer Größe aufgeführt, in dem zum 1. Oktober 10 Wohnungen bezogen werden können. Für diese 10 Wohnungen sind schon jetzt 88 Bewerber vorgemerk. In dem laufenden Jahre wird übrigens die Gesellschaft, veranlaßt durch die starke Nachfrage nach kleinen Wohnungen, noch mehrere neue Wohnhäuserbauten in Angriff nehmen.

**Die Verlängerung der Bankow-Nieder-Schönhauser Straßenbahn bis Nordend** hat auch den bei Nordend gelegenen Stadtkreis der Friedens-, der Gethseman- und der Himmelfahrts-Gemeinde die langersehnte Straßenbahn-Verbindung gebracht. Die bis Nordend gehenden Wagen der Linie Driß-Nieder-Schönhausen haben einen 21 Minuten-Verkehr.

**Zur Errichtung eines Amtsgerichtsgebäudes** auf dem Gesundbrunnen ist der Magistrat vom Justizministerium um unentgeltliche Hergabe eines geeigneten Bauplatzes ersucht worden. Der Magistrat hat nun der Stadtverordneten-Versammlung eine Vorlage zugehen lassen, nach welcher die Stadt von dem an der Bankstraße gelegenen, jetzt als Steinplatz benutzten Grundstück ein Fläche von 3470 Quadratmeter Größe überlassen und später, wenn ein Erweiterungsbau erforderlich werden sollte, weitere 1360 Quadratmeter zu denselben Bedingungen ebenfalls kostenfrei zur Verfügung stellen will. Die Restfläche von 36 000 Quadratmeter beabsichtigt der Magistrat in eine Parkanlage umzugestalten, so bald ein Erlaß für den Steinlagerplatz gefunden ist.

**Reiche Beute haben Einbrecher** in der Nacht zu gestern in dem Goldwaren- und Uhrengeschäft von G. Hilscher an der Ecke der Kommandanten- und Alexandrinenstraße gemacht. Hilscher, der anderwärts seine Wohnung hat, pflegt abends seine Geschäftsräume sorgfältig zu verschließen, da er keinen Wächter hat. Trotzdem drangen in der vergangenen Nacht Diebe bei ihm ein. Mit einem Schlüssel, den sie sich besonders hatten aufertigen lassen und den sie an Thortür liegen ließen, öffneten sie die Haustür. Eine schwere Arbeit hatten sie darauf mit der Ladenkammer, zu der vom Flur aus drei Treppen hinaufführen. Nachdem sie die elektrische Vorrichtung unbrauchbar gemacht hatten, versuchten sie zunächst, ein in die Wand eingelassenes Sicherheitschloß anzubohren. Als ihnen das nicht gelang, brachen sie das ganze Schloß mit Stemmeisen aus dem Mauerwerk heraus. Ebenso beseitigten sie die schweren eisernen Riegel. Nachdem sie nun eine eiserne Kollade hinter der ersten Thür aus den Fugen gebrochen und hochgehoben hatten, mußten sie noch eine zweite, ebenfalls durch Rutschlöcher und eiserne Riegel gesicherte Thür erbrechen. Erst dann gelangten sie in den Laden. Die Beute entschädigte sie allerdings für die aufgewendete Mühe, denn die Einbrecher erbeuteten aus dem Schaufenster und dem Laden Goldwaren aller Art und Uhren im Werte von 28 000 Mark. Obwohl sie bei ihren hässlichen Einbrucharbeiten ohne Zweifel Geräusch gemacht haben müssen, so ist doch niemand auf sie aufmerksam geworden. Erst gestern morgen wurde der Einbruch entdeckt. Der Cigarettenhändler Arthur Leicht sah die Verwüstung, als er seinen Laden aufmachte, und benachrichtigte den Wächter. Die Polizei fand in dem Laden verschiedene Sachen, die von den Dieben zurückgelassen waren, außer dem Hauschlüssel zwei scharf geschliffene Dolche, zwei Sticksägen, einen Steinbohrer, zwei Brecheisen, Pechpfaster zum Verleben der herauszubrechenden Glasscheiben und Latzchen, die die Einbrecher getragen hatten, um leicht aufzutreten. Von den Thätern fehlt noch jede Spur.

**Wie die Kunst nach Brot geht.** Wald-Akrobaten produzieren sich gegenwärtig im Grunewald. Diese neue Species von „Künstlern“ hat es vornehmlich auf die Anstaltler abgesehen, welche in den Forsten des Grunewalds rosten. Die Troupe besteht zumeist aus 4—5 Personen und arbeitet „ohne jeden Apparat“. Mit bürgerlicher Kleidung angethan, suchen die Akrobaten größere Gesellschaften auf, welche im Walde schliefen, und nach wenigen Sekunden beginnen die „Künstler“, die unter ihrer Kleidung ein Trioct tragen, die Verstellung, um zum Schluß der Produktionen eine Tellerjohannis zu veranstalten, welche fast immer reichlich ausfällt.

**Zum Mord in Lindenberg.** An den Platsfäden war gestern eine Bekanntmachung angehängt, der zufolge für die Ermittlung des Mörders des am Himmelfahrtsfest ermordeten Schmiedemeisters Grunow eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt wird. Als festgestellt betrachtet die Kriminalpolizei, daß Grunow am Himmelfahrtsfest am 7. Uhr ermordet worden ist. Leute aus der Rodbarshof haben um diese Zeit einen Schuß fallen hören. Nach Lage der Sache muß als sicher angenommen werden, daß Grunow das Opfer eines Mörderers geworden ist. Der am schwersten verdächtige Arbeiter W. mußte wieder aus der gegen ihn verhängten Haft entlassen werden, weil sich der Verdacht gegen ihn nicht aufrechterhalten ließ. Die Staatsanwaltschaft ist zu der Ansicht gelangt, daß der Thäter unter den aus Berlin zum Zwecke des Wilderns nach Lindenberg herübergekommenen Personen zu suchen sei.

**Die „Abreise“ des Direktors Behnen von der Immobilien-Verkehrsbank** und des Inhabers der Firma Schumacher u. Co., Willy Schumacher, nach England hat für die verhafteten Bankdirektoren Schulz und Kowatz unangenehme Folgen. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft hatte auch bei Behnen und Schumacher eine Hausdurchsuchung stattgefunden, aber nichts Befriedigendes und Schumacher eine Hausdurchsuchung stattgefunden, aber nichts Befriedigendes zu Tage gefördert. Trotzdem scheinen sie sich nicht mehr sicher gefühlt zu haben, und sie werden von ihrer Reise schwerlich zurückkehren. Nun hatten die Direktoren Schulz und Kowatz Aussicht, gegen Bürgschaft aus der Untersuchungshaft entlassen zu werden. Davon wird aber nach dem Verhalten von Behnen und Schumacher wohl keine Rede mehr sein.



Durch einen Absturz bei der Arbeit verunglückte gestern der 19 Jahre alte Schlosser Otto Wolff aus der Elisabethstr. 11 in der Gasanstalt zu Schmargendorf. Er stürzte um 8 Uhr nachmittags von der hochgelegenen Bahn, auf der die Schladen befördert werden, aus einer Höhe von zwei Stockwerken herab, schlug auf ein Geländer auf und zog sich schwere Verletzungen eines Unterarmes und im Innern zu. Ein Rettungswagen brachte den Verunglückten nach dem Roabiter Krankenhaus. — Von einem schweren Unfall betroffen wurde gestern vormittag Hauptmann Seidel, Chef der 4. Compagnie des Eisenbahnregiments Nr. 1. Beim Einreiten auf den Kasernenhof stürzte er dicht vor der Kaserne mit dem Pferde und zog sich einen doppelten Schädelbruch und einen Beinbruch zu.

Nach einer statistischen Uebersicht sind zur Zeit hier vorhanden 57 evangelische Kirchen und 26 Kapellen mit zusammen 74 400 Sitzplätzen und 188 Geistlichen. Ob der fünfte Teil der Plätze an den jetzigen Sonntagen besetzt ist?

Ein Paket mit Exemplaren des „Wahren Jakob“ als Inhalt ist auf der Wannseebahn gefunden worden und kann in der Buchhandlung Vorwärts vom Eigentümer abgeholt werden.

Antisemitische Kampfwesen. In sehr bedenklichen Mitten haben die Herren „Deutschnationalen“ in dem Kampf zwischen der sozialdemokratischen und der antisemitischen Handlungsgehilfen-Organisation ihre Zuflucht genommen. Am 30. April strengten sie eine Versammlung; in einer späteren Versammlung am 14. Mai jedoch waren sie gezwungen, sich anständig zu benehmen, da die sozialdemokratische Mehrheit ihnen Respekt einflößte. Nunmehr wollen die Herren sich auf ihre Weise revanchieren, indem sie heute abend 8 Uhr bei Suggenbogen am Moritzplatz eine Versammlung abhalten, um gegen die „Schwache Art“, wie die Sozialdemokratie agitiere, zu demonstrieren und sich nicht unter die sozialdemokratische Fuchtel kriegen zu lassen. Da die Herren Antisemiten trotz diverser Rosenkranzen, mit denen sie die Sozialdemokraten beehren, in der Versammlung freie Aussprache zugesichert haben, so dürfte sich immerhin eine interessante Diskussion ergeben, und das hiermit erfüllte Ersuchen der im Centralverband organisierten Handlungsgehilfen, die Parteigenossen auf diese Versammlung hinzuweisen, wird gewiß überall Beachtung finden.

Die Vorfürhungen der Berliner Feuerwehr in der Feuer-Schau-Ausstellung über unsre Zeit eine große Anziehungskraft aus. Sie werden ausgeführt von einem Offizier, drei Ober-Feuerwehremännern und 30 Mann mit zwei Druck- und zwei Dampfspritzen. Das sogenannte Steigebau, vor welchem sich die mehrere Tausend Personen sammelnden Zuschauer befinden, ist ca. 33 Meter hoch und hat acht Fenster Front. Die Exerzieren, welche etwa eine Stunde dauern, zeigen zuvörderst brillant ausgeführte Turnübungen, dann folgen Wandern im Leiter- und Axtendienst, wobei die Mannschaften bis auf die Höhe des Turms hinaufsteigen müssen. Die „pièce de resistance“ sind unstreitig die Feuerlösch-übungen, wobei die Jüge mit fünf Schläuchen und unter Aufsicht zweier Dampfspritzen Wasser auf das brennende Gebäude geben. Die Vorfürhungen enden nach dem Signal „Feuer aus“. Von morgen ab werden die Übungen nicht mehr durch die Berliner Feuerwehr, sondern durch diejenigen der Vororte vorgenommen werden.

Nicht strammem Dienst haben die Angestellten der vereinigten Berliner Unfallstationen vom Roten Kreuz und der Sanitätswachen in der Feuer-Schau-Ausstellung seit der Eröffnung derselben zu leisten gehabt. Es sind täglich 8-10 Ertrankungsfälle zu behandeln gewesen, zumeist Ohnmachten und leichtere Verletzungen. Der ärztliche Dienst daselbst findet in der Woche von 2 Uhr nachmittags, an Sonntagen von 8 Uhr morgens an statt, worin sich drei Ärzte und zwei Heilgehilfen abwechselnd teilen. Bei etwa eintretenden sehr schweren Fällen stehen Krankenwagen neuester Konstruktion bereit, welche den Patienten nach erster Hilfe an Ort und Stelle nach einem Krankenhaus überführen.

In den Straßenabsperrungen. Das Polizeipräsidium macht besonders darauf aufmerksam, daß die heutige Parade bereits um 8 Uhr beginnt und daß die in seiner vorgefertigen Bekanntmachung angegebenen Zeiten sich infolgedessen demgemäß verschieben, das heißt daß die angeordneten Maßregeln bereits eine Stunde früher beginnen.

Feuerbericht. In der Telephon-, Telegraphen- und Blitzableiter-Fabrik, und zwar im sogenannten Telephonaal, Balowstr. 67, kam Mittwochnachts Feuer aus, das glücklicherweise im Entlichen be-

merkt und von der in großer Stärke erschienenen Wehr in kurzer Zeit abgelöscht wurde. Der verursachte Schaden ist nicht bedeutend, auch entstand keinerlei Betriebsstörung. Kurz darauf brannten Vliicherstr. 19 Gardinen und Möbel, Kleiderstr. 14 wurden Lampen und Ventilstr. 14 Fußboden und Balkenlage eingestürzt, während Uhlenstr. 11 Kleider und Wäsche in Flammen aufgingen.

### Aus den Nachbarorten.

Aus dem Tegeler See ist gestern der fünfjährige Sohn des Bahnarbeiters Lehmann vom Dreizehnlücker Franz Rudning aus Berlin vor dem Tode des Ertrinkens gerettet worden. Der Knabe war beim Angeln ins Wasser gestürzt und konnte nur mit großer Mühe wieder ins Leben zurückgeführt werden.

Durch Berliner Bilderschmiedler wird jetzt die Provinz stark gehandelt. Sehr regenwilde Personen suchen das Publikum auf und, indem sie wohlgeglungene Kopien von Portraits vorgelegt, erbiten sie sich, nach jeder beliebigen Photographie vergrößerte Kreidzeichnungen in größter Feinheit anzufertigen zu wollen. Sie versichern, das Bild werde vollkommen kostenlos geliefert, nur der dazu gehörige Rahmen müsse bezahlt werden. Auf Grund dieser Vorspiegelungen werden viele Bestellungen gemacht, auf die keine Anzahlungen zu leisten sind. Kommt dann gegen Postnachnahme das Bild, so sind die Empfänger bitter enttäuscht, denn häufig haben sie für eine recht mangelhafte Kreidzeichnung nebst minderwertigem Rahmen 20 M. zu entrichten.

Einen gefährlichen Fluchtversuch aus der Wohnung ihrer Dienstherrschaft unternahm die 17jährige Elise Hennig. Das Mädchen befand sich bei dem Kaufmann Reinhardt, Bergstr. 157, zu Rixdorf in Stellung. Hier bekam sie einen schmerzhaften Finger, welcher geschnitten werden mußte. Nach der Operation wollte das Mädchen gehen in der Goethestr. 8 wohnhaften Eltern aufsuchen, was die Dienstherrschaft aber nicht gestattete. Das Mädchen suchte nun zu entfliehen, indem es sich an einer dünnen Schür aus dem Fenster der im zweiten Stock belegenen Wohnung herabließ. Die Schür reichte jedoch nur bis zum ersten Stockwerk und so stürzte das Mädchen aus beträchtlicher Höhe auf den Hof hinab, wobei es sich außer andren Verletzungen einen Knöchelbruch zuzog. Hausbewohner brachten die Verunglückte nach der Unfallstation und von dort aus nach der Wohnung ihrer Eltern.

Eine neue Dampferstation an der Oberspree ist mit dem zu Pfingsten erfolgten Beginn des Sommer-Fahrplans der Sprechel-Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Stern“ eröffnet worden. Sie heißt „Blumengarten“ und liegt auf dem rechten Spreel-Ufer zwischen den bekannten Stationen Sedon und Ostend.

### Eingegangene Druckschriften.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ (Administration: Berlin W., Bülowstr. 85A) haben heute das 7. Jahrgangsjahr erschienen lassen. Aus dem Inhalt derselben heben wir hervor: Ignaz Auer: Die Ausdehnung der Getreideproduktion. — Eduard Bernstein: Der gegenwärtige Stand der demokratischen Entwicklung Englands. — Georg Bernhardt: Städtischer Hypothekendarlehen. — Dr. Ludwig Wolffmann: Die wirtschaftlichen und politischen Grundlagen des Klassenkampfes. — Albert Weidner: Robert Heigel. — Camille Demanet: Roggs. — Sabi Gunter: Sozialismus und Christ. — Dr. Schajm Schitlowsky: Zur Frage des bauerlichen Gemeindegewinnbeiges in Rußland. — Rundschau: Politik; von Richard Calver. — Wirtschaft; von Max Schippel. — Sozialistische Bewegung; von Oskar Peterson. — Gewerkschaftsbewegung; von Heinrich Bürger. — Genossenschaftsbewegung; von G. David. — Soziale Kommunalpolitik; von Dr. G. Hugo. — Frauenbewegung; von Henriette Fardt. — Westliche Bewegung; von G. Müller. — Psychologie; von Dr. Ernst Gutzkow. — Rechtschaffenheit; von Dr. Hugo Heinemann. — Technik; von Dr. H. Puz. — Wichtige Kunst; von O. Bernhard. — Bücher; von Fr. Herz und S. Bloch. — Notizen; von der Redaktion des Jhd. Arbeiter und Dr. G. Carring. — Als Beigabe bringt das Heft ein charakteristisches Portrait von Robert Heigel.

Der Preis des Heftes beträgt 50 Pf., pro Quartal 150 M. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Colporteurs und Buchhändler (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 6961), ferner direkt durch die Expedition der „Sozialistischen Monatshefte“, Berlin W. 35, Bülowstr. 85A. (Zufendung unter Kreuzband oder im geschlossenen Couvert.) Probehefte und Verlags-Kataloge gratis und franco.

### Vermishtes.

Das vom Stadtverordneten-Kollegium zu Dresden beschlossene Verbot der Straßenschleppung wird nicht in Kraft

treten, da der Stadtrat es abgelehnt hat, den gemeinschaftlichen Unfug der Damen durch ein Polizeiregulariv zu verbieten.

Zum Waldburger Grubenunglück bringt die „Schl. Bl.“ eine Meldung, die wohl mit Vorsicht aufzunehmen ist. Danach soll der „Anstifter“ des Grubenunglücks, dem 21 Menschen zum Opfer fielen, entdeckt sein. Es soll dies der einzige Täter sein, der lebend aus der Grube gefördert werden konnte. Er soll aus Mache für die ihm angeklagte Entlassung den Brand angelegt und sich nach seiner Errettung erhängt haben.

In Paris und Umgebung hat gestern ein Gewitter sehr viel Unheil angerichtet. Am Saint Sulpice-Platz und in einigen Straßen sah man ganze Heersäulen gewaltiger Matten aus den angefüllten Zielen hervorbekommen und sich in die Hausflure retten, zum ungeborenen Entsetzen der Frauen, die dort vor dem Gewitter zeitweilig Unterschlupf gesucht hatten. Ein Mann wurde vom Blitz getötet.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Rußland. Die Fahrt im Schnellzug von Berlin nach Frankfurt a. M. kostet II. Klasse 36 M., III. Klasse 26 M. Fahrtdauer 8 bis 11 Stunden. Im Personenzug (Fahrtdauer 17 Stunden) zahlen Sie 32,40 M. und 21,60 M. Die Eisenbahndirektion von Berlin nach Riga kostet 82,30 M., die Fahrt zu Schiff von Stettin 1. Klasse 36 M., 2. Klasse 25 M., 3. Klasse 18 M. Gepäck kann vorher an die Firma Hoff u. Siedler in Stettin gefandt werden.

Gotha. Schreiben Sie an Herrn Körber, Gewerkschafts-Sekretär, Engel-Ufer Nr. 15.

Buchhandlung. Es ist möglich, daß Sie eine Stellung als Lehrling finden und bei guter Fortbildung auch einen thätigen Gehilfen abgeben. Im allgemeinen wird Gymnasialbildung verlangt.

Wilhelm H. Zu dem Termin möchten Sie persönlich erscheinen oder sich durch einen schriftlich Bevollmächtigten vertreten lassen. Sonst ergeht, gleichviel was Sie schriftlich eingewendet haben, Bescheidensurteil. Im Termin legen Sie dar, daß und wieviel mehr als in der Klage angegeben ist Sie gezahlt haben und treten Beweis durch Vorlegung der Quittungen oder Quittung und durch Eidesabnehmung an. — N. 27. Das Kammergericht hat in händiger Praxis Verfügungen, welche die Erhebung eines Eintragsgeldes von polizeilicher Genehmigung abhängig machen, für rechtungsgültig erklärt. Dies ist insbesondere bezüglich der aus dem Oktober 1890 in der Provinz Sachsen angekommenen, im Januar 1891 nach der Provinz Brandenburg versetzten Verträge geschehen, den § 10 des Sozialengesetzes in dieser Weise widerrechtlich aufzulegen zu lassen. — Oskar V. Sie sind im Termin: soweit geht dies im „Vorwärts“ vom 30. April wiedererwähnt Urteil des Kammergerichts nicht. Die Verfügungen, welche in den Jahren 1896 und 1897 erlassen worden sind, sind von dem Gericht nicht ihrem ganzen Inhalt nach für rechtungsgültig erachtet. Es ist nur der Teil dieser überprüfbarsten Verfügungen für ungültig erklärt, der das Abhalten von Versammlungen am Sonntag und dem Festtag verboten und an Sonntagen auf die außerhalb des Hauptgottesdienstes liegende Zeit beschränkt will. Daß dieser Teil verfassungswidrig und deshalb rechtungsgültig ist, ist im „Vorwärts“ im Jahre 1897 eingehend dargelegt. Das Kammergericht nahm aber gegen den freien Wortlaut der Verfügung, an eine Kammerkammer von 1887 gelte auch neben der und gegen die Verfügung von 1850 weiter. Diese Rechtsprechung ist bis jetzt geblieben, wiewohl die Unhaltbarkeit der Ansicht des Kammergerichts wiederholt dargelegt und, um eine Entscheidung des Reichsgerichts zu provozieren, zum Ungehörigen gegen diesen Teil der Oberpräsidial-Verordnung aufgeführt wurde. Die letzte erfolgte Abweichung von der irrigen Ansicht mag auf die öffentliche Kritik und darauf zurückzuführen sein, daß der Kammergerichts-Strasenrat seit dem 1. Januar dieses Jahres einige andre Mitglieder in seiner Zusammensetzung aufweist.

### Witterungsübersicht vom 30. Mai 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in °C
Wien	760,2	SW	1	wolkig	14	Darmstadt	761,2	SW	2	wolkig	6
Hamburg	760,0	SW	1	wolkig	16	Petersburg	758,8	NO	1	bedeckt	5
Berlin	760,0	SW	2	wolkig	17	Kort	750,5	—	—	gl. bed.	13
Frankf./M.	758,0	SW	2	bed.	18	Aberdeen	—	—	—	—	—
Wien	760,2	SW	2	bed.	19	Paris	750,5	SW	2	bed.	18
Wien	760,2	SW	1	wolkig	18	—	—	—	—	—	—

Wetter-Prognose für Freitag, den 31. Mai 1901. Sehr warm und schwül bei schwachen südlichen Winden, veränderlicher Bewölkung und Gewitterneigung, später etwas kühl. Berliner Wetterbureau.

Berein der Lithographen, Stein-drucker u. Berufsigen, Deutschl. Filiale I Berlin.  
Am 28. Mai vormittags 10 Uhr verstarb nach kurzem Krankenlager unter langjährigem Mitleid, der Stein-drucker 96/2  
**Paul Schnitger**  
im 32. Lebensjahre. Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.  
Beerdigung am 31. Mai, nachm. 5 Uhr von der Leichenhalle des alten Thomaskirchhofs in Rixdorf, Hermannstr. Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Verband der Möbelpolierer.**  
Am 27. ds. Mts. verstarb unter kollekt  
146/12

**Hermann Busse**  
im Alter von 33 Jahren an der Tuberkulose. — Die Beerdigung findet am Sonntag, 2. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der Auferstehungsgemeinde (Weihen-see), Hallenbergsstr. aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung bittet  
Der Vorstand.

**Achtung! Achtung!**  
**Rabitzspanner und Träger.**  
Sonntag, den 2. Juni, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn G. Gannaschl, Inselstr. 10:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht und Neuwahl der Ortsverwaltung und der Revisoren.  
2. Bericht von der letzten Zahlstellen-Konferenz. 3. Abrechnung vom letzten Vergehen. 4. Verschiedenes. 26/24  
Bei der Wichtigkeit der Tages-Ordnung ist es Pflicht der Mitglieder pünktlich zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

**Verband der Bau-, Erd- u. gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Berlin I).**  
Sonntag, den 2. Juni, vormittags 10½ Uhr, in Graumanns Festsälen, Naunynstr. 27:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Die Beschlüsse der am 28. d. M. stattgefundenen Vorhandlungskonferenz.  
2. Diskussion. 3. Verbandangelegenheiten und Verschiedenes. 32/20  
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet  
Die Ortsverwaltung.

**Dauflagung.**  
Hiermit sage ich der Grauerischen und Gebrüder Fabrik, dem Metallarbeiter-Verband, der Drechslerei, den Kollegen und Freunden des Dorger Erholungsgrundes meinen tiefgefühlten Dank für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes. [16]5b  
Jean Witte Kapel  
nebst Kindern.

**W Massage-Institut W**  
von H. und Fr. Manla  
befindet sich nach wie vor Brunnenstr. 16, Portal 2, 1 Troppe, und in der Filiale Turmstrasse 47, für sämtliche Orts- und Hilfs-Krankenkassen. [1880]2  
● Mechanische Apparate. ●

**Charlottenburg.**  
H. Schmerberg [1249]2  
Wilmersdorfer-Strasse 127,  
Uhrmacher und Goldarbeiter.  
Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu äußerst billigen Preisen.  
Optische Artikel. Brillen werden schmerzlos gekochen

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Sente, Freitag, den 31. Mai, abends 8½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15:  
**Sitzung der Orts-Verwaltung.**  
**Achtung! Südosten! Achtung!**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß im Lokale von Schieber, Admiralstr. 21, eine neue Zahlstelle errichtet ist. 105/3

**Versammlung der Einseher**  
Sonntag, den 2. Juni, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15, Saal VII.  
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Kommission.

**Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.**  
Zahlstelle Berlin II.  
Sonntag, den 2. Juni, vormittags 11 Uhr, im Lokal des Herrn Helmut Peters, Alt-Pragstr. 80/81:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Geschäftsbericht. 2. Wahl der gesamten Ortsverwaltung. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Verschiedenes. 16/5b  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Die Ortsverwaltung.

**Verein der Bauanschläger Berlins und Umgegend.**  
Sonntag, den 2. Juni, vormittags 10½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal I:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. „Fall Thiemig“. 3. Stellungnahme zur Gründung eines Arbeitsloosfonds. 4. Bericht der Einundzwanziger-Kommission. 5. Verschiedenes. 33/17  
Mitgliedskarte legitimiert.  
Beiträge werden nur zwischen 1/10-11 Uhr angenommen. — Die Dampferpartie findet am 15. Juni nach Rehditz statt.  
Der Vorstand.

**Centralverband der Maurer Deutschlands**  
Zahlstelle I Berlin (Putzer).  
Sonntag, den 2. Juni er., vormittags 11 Uhr, in den Arminshallen, Kommandantenstr. Nr. 20:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Herrn Dr. H. Steiner über die wichtigsten naturwissenschaftlichen Fortschritte des neunzehnten Jahrhunderts.  
2. Verbandangelegenheiten und Verschiedenes. 134/13  
Im Auftrage: Franz Schultz.

**Bauhändler-Krankenkasse für Berlin u. Umg.**  
(E. H. No. 118.)  
Sonntag, den 2. Juni, vormittags 10 Uhr, im Saale des Herrn Hoffmann, Alexanderstr. 27c.  
**Außerordentliche General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abänderung des § 8 Abs. 4 (Erhöhung der Beiträge), desgleichen § 11 c Abs. 3 sowie des Abs. 2 des Kassee-Statuts. 2. Innere Kasseeangelegenheiten. 38/6  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.  
Der Vorstand.  
F. H. Metzke.

**Deutsch. Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.  
Am Sonntag, den 2. Juni d. J., findet die  
**Morgensprache der Schraubendreher**  
bei Wetzel, Wrangelstr. 136, statt. 115/11  
Büßes zu der am 9. Juni, vormittags 10 Uhr, stattfindenden Urwahl-Vorstellung sind noch bei den Kassieren und im Bureau zu haben. Zur Durchführung gelangt: „Auser Klein“. Die Ortsverwaltung.

**Kinderwagen, Sportwagen, Leiter- und Liegenbodenwagen, wagen, Vollerbetten, Kinderklappstühle, Triumphstühle, Krankenwagen für Erwachsene und Kinder, auch leihweise. Eiserne Bettstellen in jeder Größe. Große Auswahl. Preise außerordentlich billig auch Teilzahlung.**  
A. W. Schulz,  
N. Brunnenstr. 95, vis-a-vis Dumboldthain-Bahnhof-Gesamtdrömen.  
Verlauf 2. Hof im Fahrstuhl. Musterbuch gratis. 1428/2

**Henkel's Bleich-Soda,**  
bestes, billigstes u. bequemstes Waschmittel.  
Überall in Paketen käuflich.

**Charlottenburg!**  
Uhrmacher Kunstmann, Wallstrasse 1.  
Reparaturen schnell, durchaus zuverlässig und nicht teuer. (1108)1



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Freitag, den 31. Mai.**

**Cyberhaus.** Festvorstellung. Anfang 8 Uhr.

**Schauspielhaus.** Die Welt, in der man sich langweilt. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Neues Opern-Theater (Kroll).** Mausefänger. Anf. 7 1/2 Uhr.

**Schiller.** Der Kaufmann von Venedig. Anfang 8 Uhr.

**Deutsches.** Die verurteilte Glocke. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Leipzig.** Die Zwillingsschwester. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Berliner.** Die beiden Neoren. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichens.** Jaja. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Neues.** Schauspiel des Schillerer Bauern-Theaters. Der Progenbauer von Tegernsee. Anfang 8 Uhr.

**Welken.** Dramatische Aufführung der Opernschule des Fiedelbergischen Konservatoriums. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Secessionstheater.** Bunter Theater: Ueberbrett. Anf. 8 Uhr.

**Thalia.** Schauspiel der Deutschen Genossenschaft. Die Kuh. Anfang 8 Uhr.

**Central.** Die Geisha. Anfang 8 Uhr.

**Prinzen.** Prostitution. Anfang 8 Uhr.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Mit Heiligt. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Carl Wolff.** Pension Schöller. Anfang 8 Uhr.

**Welle.** Alliance. Aufstehen der echten Geisha-Truppe. Vorführung. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Metropol.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Apollo.** Spezialitäten-Vorstellung. Frau Emma. Anfang 7 1/2 Uhr.

**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.

**Vollage.** Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

**Vollage.** Theater. Damen-Ringschlüsse. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 3 Uhr.

**Urania.** Taubenstr. 48/49. (Im Theater um 8 Uhr.) Das Land der Fjorde. Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.

**Neu! Neu! Neu!** Die sensationellen Mintra-Malaya v. Malakka und Singapore. geöffnet v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr abds. Entree 50 Pf. Kinder die Hälfte.

**Schweizergarten.** Am Königsthor. Am Friedrichshain. Täglich: Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und Ball. Volksbelustigungen aller Art. Jeden Abend 10 Uhr: Hoppla, Vater sieht's ja nicht.

**Carl Weiss-Theater.** Gr. Frankfurterstr. 132. Anfang 8 Uhr. Pension Schöller. Im Garten: Theater, Konzert und Spezialitäten. Anfang 5 1/2 Uhr.

**Metropol-Theater.** W., Behrenstraße 55/57. Das anerkannt beste Mai-Specialit.-Programm. 16 Nummern. Anfang 8 Uhr. Nauden überall gestattet.

**W. Noacks Theater.** Blumenstraße 10. Täglich im Garten: Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Der arme Poet. Schauspiel in einem Aufzuge. Neu! Der Dieb. Neu! Komische Operette in einem Akt von G. Winkler. Im Saale: Gr. Ball.

**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Eine Hochzeit in de Wälderstraße. Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

### Schiller-Theater

(Wallner-Theater).

Freitagabend 8 Uhr: —  
Gastspiel Ferdinand Bonn.

Der Kaufmann von Venedig. Aufspiel in 5 Akten von Shakespeare. Sonnabendabend 8 Uhr: Der Sternzucker. Darauf: Ein Rabenwälder. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Der Raub der Sabinerinnen. Sonntagabend 8 Uhr: Das Gefängnis.

### Thalia-Theater

Anfang 8 Uhr. Zweiter Premieren-Abend der deutschen Genossenschaftsbühne. Der Rosenkranz. Die Kuh. Sonntagabend und Sonntag: Derselbe Vorstellung. Montag: Dritter Premieren-Abend. Frau Eva.

### Carl Weiss-Theater

Gr. Frankfurterstr. 132. Anfang 8 Uhr. Pension Schöller. Im Garten: Theater, Konzert und Spezialitäten. Anfang 5 1/2 Uhr.

### Metropol-Theater

W., Behrenstraße 55/57. Das anerkannt beste Mai-Specialit.-Programm. 16 Nummern. Anfang 8 Uhr. Nauden überall gestattet.

### W. Noacks Theater.

Blumenstraße 10. Täglich im Garten: Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung. Der arme Poet. Schauspiel in einem Aufzuge. Neu! Der Dieb. Neu! Komische Operette in einem Akt von G. Winkler. Im Saale: Gr. Ball.

### Reichshallen

Stettiner Sänger. Eine Hochzeit in de Wälderstraße. Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.

### Urania

Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte.

**Neu! Neu! Neu!**  
Die sensationellen Mintra-Malaya v. Malakka und Singapore.  
geöffnet v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr abds.  
Entree 50 Pf. Kinder die Hälfte.

### Schweizergarten

Am Königsthor. Am Friedrichshain. Täglich: Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und Ball. Volksbelustigungen aller Art. Jeden Abend 10 Uhr: Hoppla, Vater sieht's ja nicht.

**Max Kleims Sommer-Theater**  
Hasenheide 13-15. — Vertikale Leitung: Paul Mübitz. Täglich: [16498]  
Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung. Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: Die beliebten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.  
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.  
2 hochelegante Regelbahnen, Würfelbahnen, Konditor, Blumenhand etc.  
Sonntag, Montag und Donnerstag in den Sälen:  
Familien-Kränzchen.

### Sporthaus zur „Großen Krampe“

herlich am Wald und Wasser gelegen am Fuße der Müggelberge  
Gasthof zu Müggelheim  
empfehle den werten Vereinen, Fabriken und Berufstätigen zu Wasser und Landpartien.  
Sprechst. Amt: Köpenick 180.  
W. Troppens.

### Deutsche Konzerthallen

An der Spandauer Brücke 3. Der grosse schattige Sommergarten ist eröffnet.  
Täglich: Internationale Künstler-Konzerte. 4 ausländische Kapellen. Die Boeren. Im 6. und 7. Bogen: Theater-Abteilung: „Die Bohème“ (Künstler-Variété).  
Von mittags 12 Uhr bis 3 Uhr nachm. „Bürgerliches Diner“. Preis pro Couvert 75 Pf. 4 Gänge.

**Rad-Rennbahn „Kurfürsten-Damm“**  
Freitag, den 31. Mai, abends 8 Uhr.  
Pyllasinski Koch Lasserlesse Burghardt  
Bis zur Entscheidung!!  
Sonntag, den 2. Juni: 2 Ringkampfmeetings 2.

**Goßmanns Konzert-Garten**  
Kreuzbergstrasse 48 an der Regendammstr. 11006b  
Jeden Freitag: Norddeutscher Sänger. Vom 12. Juni ab: Montag und Donnerstag: Hamburger Sänger.

**Maschinisten Anzüge**  
in allen Grössen.  
Anzug 3,00 und 5,50 Mk.  
Jacken 1,50 und 2,75 Mk.  
Hosen 1,50 und 2,75 Mk.  
Carl Stier, 7859\* Oranienstr. 166.

### Zoologischer Garten

Täglich nachmittags 4 Uhr: Militär-Doppel-Konzert. Entree 1 Mark von abends 7 Uhr ab 50 Pf. Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. In der „Völker-Arena“:  
**Beduinen-Karawane**  
Männer, Frauen, Kinder, mit Pferden, Dromedaren, Eseln etc. Schaustellungen, Wochentags 1/4, 5, 6, 7 Uhr nachmittags. Sonntags: 12, 4, 5, 6, 7 Uhr.  
direkt v. d. Strasse an d. Stadtbahn: 50 Pfennig. Kinder 25 Pf. Gartenbesucher zahlen 25 Pf., Kinder 15 Pf.

**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin“**  
Sonntagmittag 2 Uhr: Schief. Br. nach Coepenick (Wiederholung). Donnerstag: Besammlung bei Bille, Andreasstraße 28. Ausgabe der Billeis zum Kauf. Gäste willkommen. [12/4]

**Vorsicht - Radfahrer!**  
Achten Sie beim Einkauf von Pneumatikreifen darauf, daß Ihnen nicht garantilose Ware verkauft wird.  
Sie schützen sich am besten, wenn Sie  
**KONKURRENZ-PNEUMATIK**  
kaufen, denn dafür wird volle Garantie geleistet.  
Einzelpreise (1 Mantel mit voller Garantie) 7,50 Mark  
1 Schlauch 3,75  
Gummifüllung in Tuben - 15 Ctm. lang - 0,20 Pf.  
Schmidtes Reparaturmaterial sehr billig.  
Preisliste verbunden mit Angabe der verbotenen Straßen und Wege Berlin gratis und kostenlos. 16968\*  
Gummi- und Guttapercha-waren-Industrie, Crantenstraße Nr. 117.

### Kinderwagen-Bazar „Baby“

1. Invalidenstr. 160. 2. Oranienstr. 31. 3. Belle-Alliancestrasse 107, am Billeherplatz. 4. Gr. Frankfurterstrasse 115. 5. Brunnenstr. 92. 6. Heinrichsdorferstrasse 24-a. 7. Charlottenburg, Wilhelmsdorferstrasse 55.  
9, 12-75 Mk. Sportwagen v. 4,50, 6,00-80 Mk. 8. 15-100 Mk. Riesenauswahl. Teilzahlung gestattet. [1561L\*  
Bei grösseren Raten Cassapreise. Liefer. des Post-Spar- u. Vorschußvereins.

### Sanssouci

Im Garten: Täglich: Hoffmanns-Nord-Sänger und Konzert. Anfang d. Konzerts 5 Uhr, der Soliree 7 Uhr, Wochentags 6 Uhr, d. Soliree 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Sonntag, Montag und Donnerstag: Tanzkränzchen. Wochentags Vereinsübungs gütlich. Tanz frei.  
Kaffeeische täglich ab 4 Uhr geöffnet. Zum Besuche d. Restaurationsgartens (ohne Entree) wird hies. eingeladen.

### Prater-Theater

Kastanien-Allee 7/D. Täglich: Ang dem Volke. Volksstück mit Gesang und Tanz in 4 Akten.  
Aufstehen der Excelsior-Chansonette Hadwig Döring, des Grotesques Komikers Paul Coradini, der Gebrüder Damm, Akrobaten. Die Garays, Klavier. Mr. Bartlings lebende Photographien. Konzert und Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf. Kabbe.

### Central-Theater

Heute Anfang 8 Uhr. Mit ganz neuer Ausstattung an Kostümen, Dekorationen u. Requisiten, zum 650. Male:  
**Die Geisha.**  
Operette in 3 Akten v. Sydne Jones. Morgen und folgende Tage: Die Geisha. — Anfang 8 Uhr.

### Apollo-Theater

Der Konzertgarten ist geöffnet.  
**Frau Luna**  
mit dem berühmten Luftballist Grigolatis. 10 Spezialitäten. Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.

## Kleine Anzeigen.

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 18 Buchstaben zählen doppelt.

**Verkäufe.**  
Restaurations mit Vorgarten zu verkaufen. In ersten Rixdorf, Derselbe 1a. Nähe Bahnh. Rixdorf. 1575b  
Gutgehendes Materialwaren- und Wäschegeschäft in Familienverhältnisse wegen Platz zu verkaufen. Offerte J. 6 des Blatt. 1545b  
Gardinenhand Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 745\*  
Vorjährige elegante Herrenanzüge und Sommerpaletots und feinen Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonntag und Sonntag. Besondere Germania, Unter den Linden 21 II.  
Kette und Knabenanzüge, einzelne Herrenhosen, Knabenhosen, Joppen, Hemden-Häfen werden zu außerordentlich billigen Preisen verkauft. Referenzhandlung Hange, Moabit, Turmstrasse 84. 65/10\*  
Tepiche, Gardinen, Remontoirs, schen preisbillig. Lehmann, Reanderstrasse 6. 68/4\*  
Beiten, Steppdecken, Regulatoren preisbillig. Lehmann, Reanderstrasse 6.  
Maatreschik variatig, Gutgeschick, Poldamerstrasse 61. (Hausnummer beachten.) 6508\*  
Tepiche mit Farbenreichen Fabrikverlage Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 745\*  
Kinderwagen. Sportwagen, Riesenauswahl, Boyar Baby, Juwelenstrasse 100, Frankfurterstrasse 115, Crantenstraße 31, Belle-Alliancestrasse 107, Heinrichsdorferstrasse 24, s. Charlottenburg, Wilhelmsdorferstrasse Nr. 55. Teilzahlung gestattet. 6478\*  
Kinderportwagen preisbillig. Andreasstraße 23. 5518\*  
Wahrung, Radfahrer. Wer sich ein gutes Fahrrad kaufen will, werde sich an die Berliner Einfuhr-Genossenschaft, Berlin, Karlsruherstrasse 19. \*  
Restaurations wegen Todesfall preisbillig. Kaufmann: Polswald, Eblenerstrasse 50. Abends nach 8 Uhr.

**Mähmaschinen, Adler, Krana, Schneidmasch., Ringschiff, sowie Wasch- und Ringmaschinen auf Zellgasolin. Krieg. Stalingerstrasse 136. 6856\***  
**Mähmaschinen und Feuer-Verhinderung vermittelt Gustav Schmidt, Solmsstraße 43, Hof Keller. 857b**  
**Waschlocher! Sparsysteme! 1,50, Doppelwascher 6, - Dreifachwascher 10, - Wasch-Plättchen, Bügelapparate billig, Wasch-Plättchen 12, - Wascher, Waschneustreckerstrasse 32. 1189b**  
**Saubenbau! Gebrauchtes und neues Kantholz, Bretter, Ratten, Weiden, Thüren, Fenster, Dachpappe, Teer, billig. Rottbauer Damm 22.**  
**Für Wandbesitzer sämtliche Baumaterialien, Dachpappe, Brennholz 5 Mark. Charlottenburg, Eldmannstrasse 89. 1505b**  
**Waiskraftbild, Blutbildend, für Blutarmer, Brustkrank, Schwächliche, Gewichtzunahme, bessere Gesichtsfarbe, abends 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Tonne 3,50 gelblose. Nicht Glasengabe, Qualität entspricht. Vorverkauferei Ringler Bernauerstrasse 119. 94/18\***  
**Steppdecken billig. Habrit Große Frankfurterstrasse 9, parterre. 745\***  
**Edelkation mit schönem Vorgarten verkauft Lehmann, Schulstrasse 12. 608K\***  
**Fahrräderleihaus, Neue Schönhauserstrasse 11, bietet in erstklassigen Fahrrädern wirklich sensationelle Wertstoffe. Brennholz, Opel, Darsopp, Stern, Imperatorräder, gebraucht oder neu. Der enorme Umsatz in Fahrrädern beweist für die Güte derselben sowie für das gute Renommee des Fahrrad-Verkaufers, Neue Schönhauserstrasse 11. 97/5**  
**Ein Kinderwagen billig veräußert, Göttingerstrasse 17, Hof rechts, fünf Treppen. 1610b**  
**Schauergeschäft, Oben, Miets mit schönem ansehnlichem Wohnung 1200, Werkstätten im Hause, verkaufen alte Leute ausnahmsweise billig. Näheres Comptoir Holzmarktstrasse 40. 7115**  
**Fahrrad, billig, neu, Naunynstrasse 38. 1600b**

**Mähmaschinenlager** sämtlicher Systeme ohne Anzahlung, Woche 1,00 Lieferung sofort, auch durch Postkarte. Louis Vandenberger, Vandenbergerstrasse 82. 7150\*

**Türloppständer, wunderbar leicht, ladelos, Verhäng, Neue Schönhauserstrasse 11. 97/6**

**Restaurations, nachweislich gut rentabel, auch sofort verkauft werden. Kaufkraft Bodrauerer, Tempelhofer Berg. 97/7**

**Gemüse, Obst und Sorten! Geschickt mit Walle zu verkaufen. Preis 1100 Mark. In ersten Dresdenerstrasse 9. 429**

**Gerrenfahrrad, Damenfahrrad, sofort billig Oranienstrasse 88. Klep.**

**Fahrräder, verfallene, nur beste Marken, Brennholz, Opel, Germania etc. 30,00 an Verhäng. Seidelstrasse 20. 1600b**

**Vermischte Anzeigen.**  
Gesang-Unterricht. Pringenstrasse 11. Institut. 15856  
Violin, Klavier-Unterricht, Methode Oskar Brennecke, Monatsdonator 10,00, Oranienstrasse 118. \*  
Patentanwalt Dammann, Oranienstrasse 57, Moritzplatz. Erfindern löstbarer Rat abends bis neun  
Rechtsanwalt, Rechtschiff, Androsstrasse dreihundsechzig. 15615  
Christliche Arbeit jeder Art, Klagen und Gerichtsachen, Steuer-Reklamationen, Briefe, fertigt erfolgreich und billig. Franz Widdmann, Christburgerstr. 92, Quergebäude III.  
Meynerlegions, Brod aus Bremen, Weichschokolade und alle anderen Bücher leicht und kost. Hornemann, Kochstrasse 56, Amt 4a 6944. 6548\*  
Kunstkopierei von Frau Koschold Steinwegstrasse 48.  
Damenkleider reinigen, färben, Herrenanzüge reinigen von 2,50 Mark an. Holmsdorf, Eisenbahnstrasse 18.

**Unfallflagen, Invalidenflagen, Reklamationen fertigt Schulze, Bergmannstrasse 107. 1089b\***  
**Küferlager eleganter Herren-garderobe, Teilzahlung gestattet. Marcus, Kleine Frankfurterstr. 20. \***  
**Buchbinder-Arbeit jeder Art fertigt Ferdinand Kleinert, W. Bülowstrasse 56, 2. Hof parterre. 2887b**  
**Werners Feinblei und Garten, Schwedischerstrasse 23. Sonnabend an Vereine zu vergeben. 749\***  
**Rezeptionszimmer Simeonstrasse 23. 599K\***  
**Vereinzimmer, neu renoviert, Grünstraße 21, Weinacht. 658R\***  
**Französisch (billig) Breitstrasse 5. Englisch (billig) Breitstrasse 5. \***

**Vermietungen.**  
**Zimmer.**  
Möbliertes Zimmer für zwei Parteilosen sofort zu vermieten. Wille Rosenthal, Forsterstrasse 54, Hof III.  
Sturzimmer, ungeniert, an Herrn zu vermieten. Neuenburgerstr. 22 III.  
**Schlafstelle, kleines Zimmer für einen Herrn, Frey Oranienstrasse 157 IV. 1603b**  
Schlafstelle an Herrn vermietet Wille Haber, Dresdenerstrasse 98 vorn 3 Treppen. 1598b  
Eine möblierte Schlafstelle zu vermieten, Pringenstrasse 107 vorn vier Treppen, Winter. 1599b  
Möblierte Schlafstelle, 2 Herren, bei Gebauer, Seidelstrasse 11, Hof IV.  
Mädchen, zwei, nur anständige, fremdliche Schlafstelle bei Geröder, Simeonstrasse 90. 1611b  
Schlafstelle, separat, Herrn, Wollstrasse 21-22, Quergebäude, Gurtz.  
Schlafstelle, 9 St. mit Kasse Elisabeth-Str. 81. Rixdorf. 1616b  
Saubere möblierte Schlafstelle für Herrn Reichenderstrasse 177. Hof III. 729  
Anständiges Mädchen findet Schlafstelle bei Seewitz, Raumystrasse 6, vorn 3 Tr. 429  
Möblierte Schlafstelle sofort zu vermieten Gartenstrasse 72, vorn III, rechts. 467  
Gensse findet möblierte Schlafstelle, separat, Wendenburg, Reichenderstrasse 154, Quergebäude, parterre. 429  
Freundliche Schlafstelle bei Ritzsch, Frankfurterstrasse 7, Schöneberg. 4107  
Schlafstelle, 9 Mark mit Kasse, Oranienstrasse 2a, Zimmermann. 429  
Möblierte Schlafstelle zu vermieten Eisenbahnstrasse 36b. Camp, vorn II. 1618b  
Möblierte Schlafstelle zu vermieten bei D. Scholz, Reichenderstrasse 133, Unter Seidenhügel 2 Tr. 1618b  
Schlafstelle, Herrn, separat, Seidenweg 70 III, Rixdorf. 1550b  
Schlafstelle, sauber möbliert, separat, für zwei Herren, billig, vermietet Grabow, Raumystrasse 72, Quergebäude 2 Treppen. 1608b  
Möblierte Schlafstelle Mariannenstrasse 2 vorn II rechts. 1607b  
Ritterstrasse 110 eine Schlafstelle für 9 Mark bei Burdal, 1 Treppe.

**Stollenangebote.**  
Rirmschilder-Fabrik verlangt per sofort unbedingt perfekten Schrift-maler, der saubere Zeichnungen liefert und als selbständiger Verkäufer in Accord arbeiten will. Stellung dauernd mit sehr guten Einflüssen. J. Klein, Fischerstrasse 34. [1599b]  
Veleger, der selbständig Wäsche bereiten kann, gesucht. Gollnowstr. 43.  
Tüchtige Korbmacher an Kongo möbel finden sofort dauernde Beschäftigung bei U. G. Kroschmann, Brückenstraße 2. [1612b\*]  
Velegerin für Goldarbeiten verlangt. Ulrich Wobbe, Köpenickerstrasse 37.  
Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

**Parteilogen. Redacteur,**  
Ausgang der Zwanziger, Autodiktat mit hübscher, populärer Zeit, politischer und gewerkschaftlicher Parteilogen, wünscht Veränderungshalber Stellung als politischer Redacteur oder Redakteur. Offerten unter K. 6 an die Exp. dr. „Bora.“ erbeten. [16892\*]

**In meiner Spiralspinnerfabrik**  
Wien wird eine tüchtige selbständige Kraft, welche durch Zeugnisse nachweisen kann, daß sie auf Spiralspinner, Schneidwerkzeuge und Kleinmutter gearbeitet hat, gesucht. Offerte mit Zeugnis-Kopien und Angabe des Lohns unter „G. K. 1115“ an Hassenstein & Vogler, Wien I. 105/19\*

**Achtung! Holzarbeiter.**  
In der städtischen Fabrik von Rosa u. Kinn, Schillerstr. 21, haben sämtliche Arbeiter wegen Abganges die Arbeit niedergelegt. Zugang ist ferngehalten. 21/18  
Die Ortsverwaltung des Holzarbeiter-Verbands.